

MICHAEL GRÜTTNER

Talar und Hakenkreuz



Die Universitäten
im Dritten Reich

C.H.Beck

MICHAEL GRÜTTNER

TALAR UND
HAKENKREUZ

Die Universitäten im Dritten Reich

C.H.Beck

Gefördert durch die DFG und die Gerda Henkel Stiftung
Gedruckt mit Unterstützung der Gerda Henkel Stiftung, Düsseldorf

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2024

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen
dieses Werks

zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Umschlaggestaltung: Rothfos & Gabler, Hamburg

Umschlagabbildung: Einzug der deutschen Rektoren beim Jubiläum
der Georg-August-Universität Göttingen im Juni 1937.

Foto: Staatsarchiv Hamburg, (Bestand) 622-1/151

Schramm, Signatur L 232,

Fotos aus dem Bereich seiner akademischen Lehrtätigkeit (1932–1965)

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

ISBN Buch 978 3 406 81342 9

ISBN eBook (epub) 978 3 406 81343 6

ISBN eBook (PDF) 978 3 406 81344 3

Die gedruckte Ausgabe dieses Titels erhalten Sie im Buchhandel
sowie versandkostenfrei auf unserer Website

www.chbeck.de.

Dort finden Sie auch unser gesamtes Programm und viele weitere
Informationen.

Inhalt

Einleitung	7
1. Die Universitäten vor der nationalsozialistischen Machtübernahme	
Die Hochschulen in der Weimarer Republik	16
Professoren und Politik	26
Juden und Antisemitismus im akademischen Milieu	37
Die Krise der Universitäten am Ende der Weimarer Republik ...	45
2. Die nationalsozialistische Machtübernahme an den Universitäten	
Politik der Gleichschaltung	57
Die Position des Hochschulverbandes	70
Die Professorenaufrufe von 1933	79
Die «Säuberung» der Universitäten	86
Die Hochschullehrer in der Zeitenwende von 1933/34	105
3. Nationalsozialistische Hochschulpolitik: Strukturen, Ziele und Akteure	
Strukturen und Ziele nationalsozialistischer Hochschulpolitik ..	118
Das Reichserziehungsministerium (REM)	125
Der NS-Lehrerbund (NSLB) und die «Dozentenschaften»	142
Der Stab Heß und die Hochschulkommission der NSDAP	150
Der NS-Dozentenbund (NSDDB)	165
Die Dienststelle Rosenberg	184
Der Einfluss der SS	198
4. Die Universität im Kraftfeld der Politik	
Das Führerprinzip und seine Folgen	212
Berufungen: Leistung oder Gesinnung?	230

Schrumpfung und Expansion	249
Neugründungen: Die Reichsuniversitäten Posen und Straßburg.	262
Die Universität im Krieg	280

5. Der Lehrkörper

Restriktionen und Chancen: Die Lage des Lehrkörpers seit 1933	294
Der Professor als Parteigenosse	306
Die Hochschullehrer und die nationalsozialistische Politik	315
Hochschullehrer im Nationalsozialismus – eine Typologie	332
Der wissenschaftliche Nachwuchs	342
Das Scheitern der Vordenker	358

6. Wissenschaft

Wissenschaft im NS-Staat	377
Neue Lehrstühle	392
Theologie	405
Rechtswissenschaft	419
Geisteswissenschaften	434
Medizin	451
Naturwissenschaften und Mathematik	465

Ergebnisse und Schlussüberlegungen	483
---	------------

Epilog: Die Nachgeschichte	507
---	------------

Dank	533
----------------	-----

Verzeichnis der Tabellen	537
------------------------------------	-----

Tabellen	539
--------------------	-----

Verzeichnis der Abkürzungen	553
---------------------------------------	-----

Anmerkungen	555
-----------------------	-----

Quellen und Literatur	631
---------------------------------	-----

Personenregister	683
----------------------------	-----

Ortsregister	701
------------------------	-----

Einleitung

Die Universitäten blicken auf eine fast tausendjährige Vergangenheit zurück und gehören damit zu den langlebigsten Institutionen der europäischen Geschichte. Ihre Bedeutung hat im Laufe der Zeit immer mehr zugenommen. Nie zuvor war die Zahl der Universitäten, der Lehrenden und der Studierenden so groß wie in der Gegenwart. Die im 19. und 20. Jahrhundert entstehenden Forschungsuniversitäten verstanden sich als Orte der Aufklärung oder definierten sich sogar als «Hüterinnen von Wahrheit und Gerechtigkeit», wie es 1919 in einer öffentlichen Erklärung der deutschen Universitäten hieß.¹ Die vorliegende Untersuchung stellt die Frage, wie sich Einrichtungen, die mit einem so ambitionierten Selbstbild ausgestattet waren, in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur verhalten haben.

In den fast 80 Jahren, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vergangen sind, hatten es die Universitäten im Allgemeinen und die Historiker im Besonderen nicht eilig, sich mit dieser Frage näher auseinanderzusetzen. Das änderte sich in den 1990er Jahren, als erstmals zahlreiche Studien zur Geschichte verschiedener Hochschulen, Fakultäten und Institute oder auch einzelner Disziplinen und Hochschullehrer im Nationalsozialismus publiziert wurden. Eine Gesamtdarstellung der Universitätsgeschichte im Nationalsozialismus fehlte jedoch bislang.

Mehrere Anläufe sind in der Vergangenheit gescheitert. Einen besonders ehrgeizigen Versuch startete der Historiker Helmut Heiber, ein langjähriger Mitarbeiter des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, der in den 1990er Jahren eine fünfteilige Geschichte der *Universität unterm Hakenkreuz* ankündigte. Das Mammutprojekt wurde indes schon nach Publikation der Teile I und II eingestellt.² Die drei veröffentlichten Bände mit einem Gesamtumfang von über 2000 Seiten

zeichnen sich durch eine beeindruckende Kenntnis der Quellen aus, aber auch durch die erkennbare Freude des Verfassers, das gefundene Material weitgehend ungefiltert, gern in anekdotischer Form, zu präsentieren, und durch den Unwillen, die Darstellung durch Fragestellungen, Thesen oder Typologien zu strukturieren. Heibers Werk ist daher ein monumentales Fragment geblieben, das aufgrund seiner Materialfülle für die weitere Forschung dennoch unverzichtbar ist.

Die Fragestellungen, Schwerpunkte und Narrative der Forschung haben sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verändert. In der älteren Literatur wurden die Universitäten zumeist als ein mehr oder weniger passives Objekt oder sogar als Opfer des NS-Regimes wahrgenommen. Es dominierte die Einschätzung, dass letztlich nur wenige «wirkliche» Nationalsozialisten in den Lehrkörper der Universitäten gelangt seien. Die Mehrheit der Wissenschaftler habe ihre traditionelle Arbeit fortgesetzt, als sei nichts geschehen. Die Frage nach der Anpassung der Wissenschaft an das NS-Regime beschränkte sich in der Regel auf die ideologische Anpassung. Vorherrschend war ferner die Deutung des Nationalsozialismus als eine wissenschaftsfeindliche Ideologie. Das neue medizinische Paradigma der Eugenik und die verbrecherischen Humanexperimente, die während des Krieges an KZ-Häftlingen oder Kriegsgefangenen stattfanden, wurden als «Pseudowissenschaft» deklariert und damit aus der Wissenschaftsgeschichte ausgegliedert.

Das war nicht alles falsch. Keine andere staatliche Institution wurde nach der nationalsozialistischen Machtübernahme so stark durch politisch motivierte «Säuberungen» dezimiert wie die Universitäten. Zudem erfuhren die Hochschulen nach 1933 einen erheblichen Verlust an Autonomie. Gleichwohl sind die Universitäten keineswegs nur Objekte nationalsozialistischer Herrschaft gewesen. Die Gleichschaltung der Hochschulen wurde 1933/34 nicht allein von außen vorangetrieben, sondern auch von innen. Und es waren nicht nur die Studierenden, die sich daran beteiligten, sondern auch Teile des Lehrkörpers. Die zahlreichen Parteieintritte von Hochschullehrern schon im Frühjahr 1933 sprechen eine deutliche Sprache. In allen wissenschaftlichen Disziplinen exponierten sich Hochschullehrer 1933/34 als aktivistische Vordenker einer neuen, nationalsozialistischen Wissenschaft.

Selbstverständlich ist auch die Frage, wie weit die NS-Ideologie Eingang in die universitäre Wissenschaft gefunden hat, sinnvoll, ja sogar notwendig. Allerdings war die ideologische Anpassung keineswegs so selten, wie lange Zeit behauptet wurde, und sie war nicht der einzige Weg, um als Wissenschaftler dem Regime zuzuarbeiten. Auch eine Forschung, die sich weiterhin traditionellen fachlichen Standards verpflichtet fühlte, konnte für die neuen Machthaber von großem Nutzen sein, wenn sie mit politischen Zielen des Nationalsozialismus wie Aufrüstung oder Autarkie im Einklang stand.

Gegen die behauptete Wissenschaftsfeindlichkeit des Nazi-Regimes spricht die simple Tatsache, dass die staatlichen Aufwendungen für die Wissenschaft seit 1933 nicht reduziert, sondern aufgestockt wurden. Der Nationalsozialismus stand der wissenschaftlichen Forschung nicht grundsätzlich feindselig gegenüber, wollte aber eine Wissenschaft, die seinen politischen Zielen diene. Es gibt auch keine vernünftigen Gründe, die Institutionalisierung der Eugenik oder tödlich verlaufende Humanexperimente pauschal als pseudowissenschaftlich abzutun. Die Eugenik war 1933 bereits eine international etablierte Strömung, und bei den medizinischen Versuchen mit unfreiwilligen Versuchspersonen handelte es sich um Forschungen, deren Problematik nicht in ihrer Unwissenschaftlichkeit lag, sondern in der brutalen Missachtung ethischer Regeln und Grenzen, die 1931 vom deutschen Staat klar definiert worden waren.

In der jüngeren Forschung erfreut sich der Begriff «Selbstmobilisierung» großer Popularität – ein Begriff, der auch in dieser Arbeit benutzt wird, weil er die Bereitschaft von Wissenschaftlern kennzeichnet, die eigene Forschung auf die politischen Bestrebungen des Regimes auszurichten. Ursprünglich bezog sich dieser Terminus auf die Bemühungen von Hochschullehrern in der zweiten Kriegshälfte, die Natur- und Technikwissenschaften stärker für die Rüstungsforschung einzusetzen.³ In den vergangenen Jahren ist daraus in manchen Arbeiten ein Schlüsselbegriff geworden, der die Handlungsweise von Hochschullehrern und Wissenschaftlern während des Dritten Reiches generell charakterisieren soll. Diese Ausweitung ist jedoch nicht unproblematisch, weil sie den Eindruck erweckt, dass das Ver-

halten von Wissenschaftlern im Nationalsozialismus durchweg auf Eigeninitiative und Freiwilligkeit basierte. Eine solche Sichtweise läuft leicht darauf hinaus, den diktatorischen Charakter des Regimes und die massiven Anpassungszwänge, denen insbesondere der wissenschaftliche Nachwuchs ausgesetzt war, herunterzuspielen.⁴

Die vorliegende Studie ist die erste Gesamtdarstellung der deutschen Universitätsgeschichte im Nationalsozialismus. Sie basiert gleichermaßen auf langwieriger Arbeit in den Archiven wie auf der Auswertung der wissenschaftlichen Literatur. Forschungsgegenstand sind die 23 Universitäten, die am Ende der Weimarer Republik in Deutschland existierten, ferner die vier Universitäten, die 1938/39 im Zuge der nationalsozialistischen Expansionspolitik Teil des deutschen Universitätssystems wurden (Wien, Innsbruck, Graz, Prag), und schließlich zwei kurzlebige Neugründungen, die Reichsuniversitäten Posen und Straßburg. Die Technischen Hochschulen, die damals noch keinen Universitätsstatus hatten, bleiben unberücksichtigt, ebenso die Handelshochschulen, Kunsthochschulen, Musikhochschulen, Landwirtschaftlichen Hochschulen und Bergakademien. Nur am Rande wird das Schicksal der nichtdeutschen Universitäten in den von Deutschland besetzten Ländern behandelt, die zum Teil unter veränderten Bedingungen weiterarbeiten konnten, zum Teil geschlossen wurden, mitunter aber im Untergrund aktiv geblieben sind.

Die Struktur des Buches basiert auf folgenden Überlegungen: Universitätsgeschichte lässt sich in drei Bereiche aufgliedern, den institutionellen, den personellen und den fachwissenschaftlichen.⁵ Die institutionelle Ebene zerfällt wiederum in zwei Teilbereiche, zum einen die verschiedenen Institutionen, die innerhalb und außerhalb der Universitäten als hochschulpolitische Akteure hervortraten, zum anderen die Universität selbst als eine hierarchisch gegliederte, der Lehre und Forschung gewidmete Einrichtung. Die personelle Ebene umfasst sowohl die Lehrenden als auch die Studierenden. Da über die Studierenden in der Zeit des Dritten Reiches bereits seit längerer Zeit eine umfangreiche Studie vorliegt,⁶ kann die folgende Darstellung sich auf das wissenschaftliche Personal, insbesondere auf den Lehrkörper konzentrieren. Auf der fachwissenschaftlichen Ebene gilt es, zwischen den

Fakultäten und Fächern zu differenzieren, die sich während der NS-Diktatur sehr unterschiedlich entwickelten. In einer Studie über die Universitäten im Dritten Reich ist es außerdem unabdingbar, die Ausgangslage, also den Zustand der Universitäten am Ende der Weimarer Republik, sowie die Phase der «Machtergreifung» 1933/34 und die Nachgeschichte bis in die 1950er Jahre hinein genauer zu betrachten. Daraus ergab sich eine Gliederung des Buches in sechs Hauptkapitel:

Das erste Kapitel liefert einen Überblick über die deutsche Universitätslandschaft in der Endphase der Weimarer Republik. Die deutschen Universitäten waren ausnahmslos staatliche Institutionen, die aber ein relativ hohes Maß an Autonomie genossen. Politisch waren sie geprägt durch den Ausgang des Ersten Weltkriegs und die vehemente Ablehnung des Versailler Vertrages, hochschulpolitisch durch die Herrschaft der Ordinarien, an der sich trotz einiger Reformen in den Anfängen der Weimarer Republik nur wenig geändert hatte. Besondere Aufmerksamkeit gilt den jüdischen Hochschullehrern, die an einigen Universitäten eine bedeutende Rolle spielten, an anderen dagegen im Lehrkörper überhaupt nicht vertreten waren. Die vorliegende Untersuchung liefert dazu erstmals genaue Zahlen für sämtliche deutschen Universitäten. Schließlich wird die multiple Krise der Hochschulen am Ende der Weimarer Republik analysiert.

Das zweite Kapitel thematisiert die Phase der nationalsozialistischen Machtübernahme. Die Gleichschaltung der Universitäten wird hier als ein doppelter Prozess begriffen, zum einen als eine «Machtergreifung» von oben, die hauptsächlich von der Ministerialbürokratie ausging, zum anderen als «Machtergreifung» von unten, die von Universitätsangehörigen getragen wurde. Es wird gefragt, warum die Integration der Hochschulen in das NS-Regime sich ohne größere Konflikte und weitgehend geräuschlos vollziehen konnte. Ein wichtiger Teilaspekt ist die nationalsozialistische «Säuberung» der Universitäten, die den Lehrkörper erheblich dezimierte: Wer waren die Opfer dieser Politik und was wurde aus ihnen? Wie reagierte die Mehrheit der nicht betroffenen Hochschullehrer auf diese Maßnahmen?

Das dritte Kapitel untersucht die nationalsozialistische Hochschulpolitik und identifiziert zunächst die Ziele dieser Politik. Danach wer-

den die wichtigsten hochschulpolitischen Akteure vorgestellt, das Reichserziehungsministerium, der NS-Lehrerbund, die Hochschulkommission der NSDAP, der Stab Heß bzw. die Parteikanzlei, der NS-Dozentenbund, das Amt Rosenberg und diverse Dienststellen der SS. Es war typisch für die im Hochschulbereich besonders stark ausgeprägten polykratischen Strukturen, dass viele dieser Akteure zumindest zeitweise versuchten, eine dominante Rolle in der Hochschulpolitik einzunehmen, und sich dabei untereinander in heftige Konflikte verstrickten, die gern mit Hilfe von Denunziationen und Intrigen ausgetragen wurden.

Im Mittelpunkt des vierten Kapitels steht die Frage, welche strukturellen Veränderungen an den deutschen Hochschulen zwischen 1933 und 1945 stattfanden. Zu diesen Veränderungen gehörten die Abschaffung universitärer Wahlen, die Einführung des «Führerprinzips» und die neue Macht nationalsozialistischer Parteifunktionäre, die schon bald in allen Universitätsgremien vertreten waren und bei Personalentscheidungen die «politische Zuverlässigkeit» der Kandidaten zu überprüfen hatten. Besonderes Augenmerk gilt dem Berufungsverfahren, denn hier zeigte sich ein hochschulpolitisches Grundproblem jeder Diktatur, die Frage nach einer angemessenen Gewichtung fachlicher und politischer Gesichtspunkte bei Personalentscheidungen.

Im Zentrum des fünften Kapitels steht die Frage, wie die deutschen Hochschullehrer zum Nationalsozialismus standen. Einen weiteren Schwerpunkt der Darstellung bilden die Anpassungszwänge, denen vor allem der wissenschaftliche Nachwuchs ausgesetzt war. Ausführlich geschildert wird der Aufstieg und Fall jener Wissenschaftler, die – wie Carl Schmitt oder Martin Heidegger – versuchten, sich als Vordenker des Nationalsozialismus in Stellung zu bringen. Ein weiteres Thema ist die sich wandelnde Einstellung des Regimes gegenüber Hochschullehrerinnen. Ferner werden Gründe benannt für die abnehmende Attraktivität des Hochschullehrerberufs, die in zahlreichen Fächern zu Nachwuchsmangel führte. Schließlich geht es in diesem und im folgenden Kapitel darum, das Spektrum an Verhaltensmöglichkeiten zwischen nationalsozialistischem Aktivismus und Widerstand gegen das Regime auszuloten.

Thema des sechsten Kapitels ist die Frage, inwieweit die Wissenschaft im Dienst des Nationalsozialismus gestanden hat. Nach einigen grundsätzlichen Überlegungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Nationalsozialismus wird erörtert, welche universitären Disziplinen vom NS-Regime besonders gefördert wurden. Weiter werden die Veränderungen skizziert, die sich seit 1933 in den Fakultäten vollzogen. Da es im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich ist, die Entwicklung sämtlicher Disziplinen zu untersuchen, konzentriert sich die Darstellung auf die wichtigsten Fakultäten und ihre Kernfächer. Dabei werden sehr unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Fakultäten erkennbar. Allgemeine Aussagen über «die» Wissenschaft im Dritten Reich lassen sich daher nur schwer treffen. Die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit durch den Nationalsozialismus gerät in diesem Kapitel ebenso in den Blick wie die Tatsache, dass manchen Wissenschaftlern durch die während des Krieges stattfindende moralische Entgrenzung der Forschung sogar größere Spielräume gewährt wurden als zuvor.

Der Schlussteil fasst die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit zusammen und behandelt darüber hinaus die kontroverse Frage, wie (in)effizient die nationalsozialistische Hochschulpolitik gegenüber den Universitäten letztlich gewesen ist. Ein Epilog analysiert die Nachgeschichte des Nationalsozialismus seit Kriegsende und schildert den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der Universitäten in beiden deutschen Staaten.

Hochschule und Politik werden in dieser Studie als zwei unterschiedliche, aber durch ständige Wechselwirkung miteinander verbundene und aufeinander angewiesene Sphären gesehen.⁷ Bei der Analyse dieses Verhältnisses geht es nicht nur darum, inwieweit die Politik die Wissenschaft beeinflusst hat, sondern auch umgekehrt um die Frage, welchen Einfluss die Wissenschaft auf die Politik nahm. Zweifellos griff die Politik in der nationalsozialistischen Diktatur viel stärker in das Innenleben der Universitäten ein als in einer liberalen Demokratie. Gleichwohl wurde die Entwicklung universitärer Wissenschaft selbst im Dritten Reich keineswegs nur von außen gesteuert. Tatsächlich kann angesichts der polykratischen Struktur der Hoch-

schul- und Wissenschaftspolitik von einer systematischen Lenkung der Hochschulen im Nationalsozialismus nur bedingt gesprochen werden.

Die Quellenlage zum Thema ist uneinheitlich. Die Akten des Amtes Wissenschaft im Reichserziehungsministerium sind 1943 teilweise einem Bombenangriff zum Opfer gefallen; nach Kriegsende kam es zu weiteren Zerstörungen. Gleichwohl bilden die verbliebenen Unterlagen dieses Bestandes, die heute im Bundesarchiv Berlin lagern (Bestand R 4901), die wichtigste Grundlage dieses Buches. Ergänzend wurden außerdem Akten der Kultusministerien und der Hochschulverwaltungen von Preußen, Baden, Thüringen und Hamburg eingesehen, die sich im Geheimen Staatsarchiv Berlin-Dahlem (Bestand Rep. 76) sowie im Generallandesarchiv Karlsruhe (Bestand 235), im Hauptstaatsarchiv Weimar und im Staatsarchiv Hamburg befinden. Sehr viel schlechter ist die Quellenlage für die mit Hochschulpolitik befassten Parteistellen. Die Hochschulkommission der NSDAP hat keinen archivierten Aktenbestand hinterlassen, und die wenigen im Bundesarchiv einsehbaren Restakten der Reichsleitung des NS-Dozentenbundes (Bestand NS 55) sind ausgesprochen kümmerlich. Doch sind die Unterlagen der lokalen Dozentenbundführungen, die bei Kriegsende fast überall vernichtet wurden, zumindest in zwei Universitätsarchiven (Jena und Frankfurt) teilweise erhalten geblieben und für diese Arbeit ausgewertet worden. Auch die Akten der Dienststelle des Parteiideologen Alfred Rosenberg konnten, soweit sie den Krieg überstanden haben, im Bundesarchiv Berlin (Bestände NS 8 und NS 15) eingesehen werden. Gleiches gilt für das Archiv der Reichsstudentenführung, das lange Zeit im Staatsarchiv Würzburg aufbewahrt wurde und sich heute ebenfalls im Bundesarchiv Berlin (Bestand NS 38) befindet. Exemplarisch wurden außerdem die für das Thema relevanten Unterlagen der Universitätsarchive in Berlin, Hamburg und Jena durchgesehen. Die meisten Professorenmemoiren, in denen die NS-Zeit thematisiert wird, sind als Quellen auffallend dürftig. Andere verfügbare Ego-Dokumente, etwa Briefeditionen oder Tagebücher, die in den letzten Jahren publiziert worden sind, ermöglichen dagegen

einen aufschlussreichen Einblick in das Innenleben der Universitäten und ergänzen die Lektüre der Archivalien sinnvoll.

Bei der Bezeichnung von Gruppen wird dort, wo sich noch keine geschlechtsneutrale Formulierung (Studierende) durchgesetzt hat, meist das generische Maskulinum verwendet. Wenn im Folgenden also von Hochschullehrern und Professoren die Rede ist, sind stets nicht nur Männer, sondern sämtliche Angehörige des Lehrkörpers gemeint. Stattdessen stets von «Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern» zu sprechen, würde – bei einem Frauenanteil von etwa 1 Prozent im Lehrkörper der deutschen Universitäten – ein falsches Bild der historischen Realität vermitteln.

Die langwierige Arbeit in den Archiven geriet an einem trüben Novembertag unversehens zu einem Abstecher in die eigene Familiengeschichte. In einer Akte des Bundesarchivs⁸ stieß ich auf ein Schriftstück aus dem Jahre 1944, das eine Denunziation meiner Mutter enthielt, die damals als zwanzigjährige Medizinstudentin an der Universität Hamburg immatrikuliert war. Die Denunziantin, eine Kommilitonin meiner Mutter, berichtete über ihre «negative politische Einstellung» und ihre «krasse Ablehnung» des Regimes, vor allem aber über ihr Bedauern, nachdem das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 missglückt war, «denn Hitler führe uns nur zum Untergang». Diese Vorwürfe, die im Kern zutreffend waren, hätten in der damaligen Zeit durchaus den Kopf kosten können. Meine Mutter hatte jedoch Glück im Unglück: Zwar kam sie aufgrund der Denunziation sofort in Haft. Aber der zuständige Staatsanwalt hatte die Zeichen der Zeit erkannt und sorgte dafür, dass sie nach einigen Monaten Untersuchungshaft aufgrund ihrer sich verschlechternden Gesundheit Haftverschonung erhielt. Ihr und allen anderen Angehörigen deutscher und europäischer Universitäten, die unter der Herrschaft des Nationalsozialismus gelitten haben, ist dieses Buch gewidmet.

1. Die Universitäten vor der nationalsozialistischen Machtübernahme

Die Hochschulen in der Weimarer Republik

Hochschulpolitik war in der Weimarer Republik wie schon im Kaiserreich Ländersache. Die Hochschulen unterstanden nicht der Aufsicht einer Reichsbehörde, sondern den Kultusministerien der einzelnen Länder. Die regelmäßig stattfindenden Hochschulkonferenzen der Länder und des Reiches sorgten jedoch für eine gewisse Koordination der hochschulpolitischen Aktivitäten.¹ Da die meisten deutschen Universitäten – 12 von 23 – auf preußischem Boden standen,² wirkte zudem die Hochschulpolitik des preußischen Kultusministeriums in der Regel für die anderen Länder richtungweisend. Bayern verfügte über drei Universitäten (München, Würzburg, Erlangen), Baden über zwei (Heidelberg, Freiburg). Jeweils eine Universität hatten die Länder Sachsen (Leipzig), Württemberg (Tübingen), Thüringen (Jena), Hessen (Gießen), Mecklenburg-Schwerin (Rostock) und Hamburg.

Das hierarchische Gefälle zwischen den einzelnen Universitäten war in Deutschland weniger markant ausgeprägt als in den USA.³ Gleichwohl gab es drei Universitäten, die sich in Bezug auf ihr Prestige und ihre Größe deutlich von den anderen abhoben: Berlin, München und Leipzig.⁴ Diese drei Universitäten beriefen im Allgemeinen keine wissenschaftlichen Newcomer auf ihre Lehrstühle, sondern Professoren, die sich an anderen Hochschulen bereits wissenschaftlich bewährt und als Ordinarien etabliert hatten. Wer auf einen ordentlichen Lehrstuhl in Berlin, München oder Leipzig berufen worden war, wechselte in der Regel nicht mehr an eine andere Universität, sondern lehrte und forschte dort bis zur Emeritierung. Von den Zeitgenossen und von der Forschung sind diese drei Universitäten daher als

«Schlussuniversitäten» oder als «Endstationsuniversitäten» bezeichnet worden.⁵

Die deutschen Universitäten waren staatliche Institutionen. Wichtige Entscheidungen, etwa über die Einrichtung neuer Lehrstühle oder Berufungen, konnten nicht ohne die Genehmigung der Kultusministerien gefällt werden. Dennoch verfügten die Hochschulen während der Weimarer Republik über ein relativ hohes Maß an Autonomie. Bei Berufungen gingen die Fakultäten davon aus, dass ihre Vorschläge vom zuständigen Ministerium akzeptiert werden würden, und in der Regel geschah dies auch.⁶ Nur selten versuchte ein Kultusminister, gegen den erklärten Willen der Fakultäten eine konfrontative Personalpolitik zu betreiben. Das bekannteste Beispiel war der Sozialist Max Greil, der von 1921 bis 1924 das Volksbildungsministerium in Thüringen leitete und in dieser Zeit an der Universität Jena eine Reihe von politisch motivierten Berufungen durchsetzte.⁷

Die an den deutschen Universitäten tätigen Hochschullehrer (Professoren und Privatdozenten) bildeten um 1932 eine relativ kleine Gruppe von insgesamt rund 5400 Personen. Einschließlich der Lektoren, Lehrbeauftragten und sonstigen Lehrkräfte bestand der Lehrkörper sämtlicher Universitäten im Wintersemester 1932/33 aus 6140 Wissenschaftlern, darunter 74 Frauen.⁸

Als wichtigste Voraussetzung für den Beruf des Hochschullehrers hatte sich seit dem Kaiserreich die Habilitation durchgesetzt, eine Hochschulprüfung, mit der die Lehrbefugnis (*venia legendi*) für ein bestimmtes Fach verliehen wurde. Voraussetzung war in der Regel die Erstellung einer zweiten größeren wissenschaftlichen Arbeit (nach der Dissertation).⁹ Die Habilitation erfolgte im Schnitt sieben Jahre nach der Promotion. Das Durchschnittsalter zum Zeitpunkt der Habilitation, das 1880 noch bei 29 Jahren gelegen hatte, stieg während der Weimarer Republik auf 33 Jahre. Die Verleihung der Lehrbefugnis war an den meisten Universitäten ausschließlich Angelegenheit der Fakultäten. In einigen Ländern (Bayern, Thüringen, Württemberg, Mecklenburg-Schwerin) lag die ultimative Entscheidung über die Habilitation beim zuständigen Ministerium.¹⁰

Während die Rangunterschiede zwischen den einzelnen Hochschu-

len in Deutschland eine geringere Rolle spielten als in den USA oder Großbritannien, war die Hierarchie innerhalb des Lehrkörpers, insbesondere die Differenz zwischen Ordinarien und Nichtordinarien, stärker ausgeprägt.¹¹ Die Hochschullehrerschaft teilte sich während der 1920er Jahre in sechs verschiedene Statusgruppen: ordentliche Professoren, persönliche Ordinarien, beamtete und nichtbeamtete außerordentliche Professoren, Privatdozenten und Honorarprofessoren.

Im Zentrum des Lehrkörpers standen die *ordentlichen Professoren (Ordinarien)*. Sie beherrschten die wichtigsten Universitätsgremien, und aus ihren Reihen rekrutierte sich das Führungspersonal der Hochschulen, der Rektor und die Dekane. Carl Heinrich Becker, der einflussreichste Bildungspolitiker der Weimarer Republik, hat die Machtposition der Ordinarien 1919 aus guten Gründen als «nahezu absolutistisch» bezeichnet.¹² Ordinarien waren Beamte, sie verfügten aber bei der Ausübung ihres Berufes – ähnlich wie Richter – über ein hohes Maß an Unabhängigkeit. Gegenüber anderen Beamtenkategorien genossen sie einige wichtige Privilegien: Sie hatten keine Vorgesetzten, konnten nicht gegen ihren Willen versetzt werden, und sie wurden nicht pensioniert, sondern emeritiert. Als Emeriti bezogen sie weiterhin ihr volles Grundgehalt und besaßen das Recht, ihre Lehrtätigkeit unvermindert fortzuführen.

Neben den Ordinarien existierte noch eine kleinere Gruppe von planmäßigen Hochschullehrern, die *beamteten außerordentlichen Professoren (Extraordinarien)*. Wie die ordentlichen Professoren hatten sie eine Lebenszeitstellung mit festem Einkommen. Ihr Verdienst und ihr hochschulpolitischer Einfluss waren jedoch geringer als der der Ordinarien. Zwischen Ordinarien und Extraordinarien stand der *persönliche Ordinarius*, der alle Rechte eines ordentlichen Professors besaß, aber nur das Gehalt eines Extraordinarius bezog.

Die übrigen Hochschullehrergruppen – Privatdozenten, nichtbeamtete Professoren und Honorarprofessoren – sind oft als «inoffizieller Lehrkörper» bezeichnet worden. Sie waren vielfach nur lose mit der Hochschule assoziiert und bezogen aus ihrer Lehrtätigkeit in der Regel kein festes Einkommen. Bei den *Privatdozenten* handelte es sich zumeist um jüngere Hochschullehrer, die mit der Habilitation ihre Be-

fähigung zur Professur unter Beweis gestellt hatten. Privatdozenten hatten das Recht und die Pflicht, regelmäßig Lehrveranstaltungen anzubieten, ohne dass damit ein festes Einkommen verbunden war. Sechs Jahre nach der Habilitation konnten sie normalerweise mit der Ernennung zum *nichtbeamteten außerordentlichen Professor* rechnen. Ihr unsicherer Status veränderte sich dadurch nicht. Privatdozenten und nichtbeamtete Professoren stellten den Kreis der Anwärter für eine ordentliche Professur. Eine sechste Gruppe bildeten die *Honorarprofessoren*. Seit den 1920er Jahren wurde dieser Titel zumeist an wissenschaftlich qualifizierte Praktiker verliehen, deren Hauptberuf außerhalb der Hochschule lag.¹³

Nicht zu den Hochschullehrern zählte das übrige wissenschaftliche Personal: Lektoren, Lehrbeauftragte und nichthabilitierte Assistenten. *Lektoren* waren in der Regel als Sprachlehrer tätig. Viele von ihnen waren demzufolge Ausländer oder hatten einen Migrationshintergrund. *Lehrbeauftragte* beschäftigten sich in ihren Lehrveranstaltungen meist mit Spezialthemen, die vom regulären Lehrkörper nicht ausreichend abgedeckt wurden. Oft handelte es sich bei ihnen, ähnlich wie bei den Honorarprofessoren, um wissenschaftlich qualifizierte Praktiker aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik.

Assistenten wurden in den Jahren der Weimarer Republik hauptsächlich in den medizinischen und naturwissenschaftlichen Fächern beschäftigt. Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts dienten Assistentenstellen zunehmend der Ausbildung des Nachwuchses, der über Promotion und Habilitation eine wissenschaftliche Karriere anstrebte.¹⁴ Während der Weimarer Republik wurden Assistentenstellen oft mit bereits habilitierten Wissenschaftlern besetzt, die dadurch die lange – und vielfach vergebliche – Wartezeit auf einen Lehrstuhl finanziell leichter durchstehen konnten. Anders als in der Gegenwart boten nichthabilitierte Assistenten keine eigenen Lehrveranstaltungen an. Assistenten hatten befristete Zeitverträge. Kontinuierliche Vertragsverlängerungen, die sich manchmal über ein oder zwei Jahrzehnte erstreckten, waren aber keineswegs ungewöhnlich.¹⁵

Kennzeichnend für die Lage der meisten Assistenten war ihr stark personalisiertes Abhängigkeitsverhältnis zu einem Ordinarius, das

manchmal weit in das Privatleben hineinreichte. Vor allem an den Medizinischen Fakultäten wurde von den Assistenten verlangt, die ihnen zur Verfügung stehende Zeit nahezu vollständig der Klinik zu widmen. Eine Verlobung oder gar eine Heirat galt als «legitimer Kündigungsgrund». Wer sich dennoch verlobte, tat dies heimlich, um seine Stellung nicht zu gefährden.¹⁶ Der Philosoph Karl Löwith beschrieb die «typische Assistentenfigur an deutschen Universitätsseminaren» rückblickend als «beflissen und streberhaft, subaltern und kleinbürgerlich».¹⁷

Auch in materieller Hinsicht waren die Unterschiede zwischen den verschiedenen Statusgruppen des Universitätsbetriebes beträchtlich. An der Berliner Universität, deren Professoren ein vergleichsweise hohes Einkommen hatten, lag der durchschnittliche Jahresverdienst eines Ordinarius 1927 bei 25 500 Reichsmark (RM). Dagegen verdiente ein planmäßiger Extraordinarius im Schnitt nur 16 500 RM pro Jahr. Planmäßige Assistenten der Berliner Universität hatten 1928 im Schnitt einen Jahresverdienst von 6 500 RM. Das entsprach etwa einem Viertel des durchschnittlichen Jahresverdienstes eines Ordinarius. Zum Vergleich: Die Arbeiterinnen und Arbeiter, die im Dienst der Friedrich-Wilhelms-Universität standen, verdienten im Schnitt 2 366 RM. Von einer großbürgerlichen Existenzweise wurde dagegen (nach einer zeitgenössischen Definition von Werner Sombart) bei einem Jahreseinkommen von mehr als 30 000 RM gesprochen.¹⁸

Wie hoch der individuelle Verdienst der einzelnen Professoren tatsächlich war, hing ganz wesentlich von der Höhe der Kolleggelder (Vorlesungshonorare) ab. Diese wiederum stiegen und fielen mit der Anzahl der Studierenden, welche die Lehrveranstaltungen besuchten und dafür bezahlen mussten. Wer ein Orchideenfach vertrat, das wenige Hörer anzog, bekam daher nur minimale Kolleggelder. Auf der anderen Seite erhielten manche Vertreter großer Fächer, in deren Vorlesungen Hunderte von Studierenden strömten, Kolleggelder, die noch über dem Grundgehalt lagen. Diese Differenz konnte jedoch durch Kolleggeldgarantien, das heißt durch staatlich garantierte Mindesteinnahmen an Kolleggeldern, verringert werden.¹⁹ Unter den 88 ordentlichen Professoren der Berliner Universität befanden sich 1927

neun Großverdiener, meist Juristen oder Mediziner, deren Jahresverdienst über 40000 RM lag. Ihnen standen 17 weitere Ordinarien gegenüber, deren jährliche Gesamtbezüge wegen geringer Vorlesungshonorare weniger als 18000 RM betrug.²⁰

Überwiegend rekrutierten die Hochschullehrer sich in der Weimarer Republik aus dem Bürgertum. Anfang der 1930er Jahre ging fast die Hälfte von ihnen aus dem Bildungsbürgertum hervor, mit Vätern, die Professoren, Gymnasiallehrer, höhere Beamte, Juristen, Lehrer oder Pfarrer waren. Etwa 8 bis 9 Prozent stammten aus dem Besitzbürgertum. Rund ein Drittel kam aus Familien, die den alten und neuen Mittelschichten zugerechnet werden können. Kinder aus den Unterschichten waren im Lehrkörper der deutschen Hochschulen während der Weimarer Republik fast überhaupt nicht vertreten. Lediglich 1 Prozent der Hochschullehrer wuchs in einer Arbeiterfamilie auf. Allerdings gab es deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Fakultäten. Während im Lehrkörper der Rechtswissenschaftlichen Fakultäten ein hohes Maß an sozialer Exklusivität herrschte, waren soziale Aufsteiger in den Katholisch-Theologischen Fakultäten häufiger vertreten.²¹

Obwohl Frauen seit 1919 über die Möglichkeit verfügten, sich zu habilitieren, blieb die Zahl der Hochschullehrerinnen gering. Die verfassungsrechtliche Gleichstellung der Frauen in der Weimarer Republik bedeutete noch nicht das Ende ihrer Diskriminierung an den Universitäten. Vielfach wurden an Frauen offenkundig andere Maßstäbe angelegt als an Männern. So lehnte die Philosophische Fakultät München 1932 die Zulassung einer Philosophin zur Habilitation mit der Begründung ab, «dass für weibliche Bewerber besonders scharfe Bedingungen gestellt sind, vor allem, um sie von dem Beginn einer aussichtslosen Laufbahn fern zu halten». Man wolle, so hieß es weiter, «um der Frauen willen diese nicht in die Konkurrenz hineinziehen».²²

Am Ende der Weimarer Republik stellten Frauen gerade 1,2 Prozent des Lehrpersonals der deutschen Universitäten. An vier Universitäten (Erlangen, Königsberg, Münster, Tübingen) bestand die Dozentenschaft noch im Wintersemester 1932/33 ausschließlich aus Männern. Überdurchschnittlich viele Dozentinnen lehrten dagegen in Berlin,

Heidelberg, Jena, Gießen und vor allem in Hamburg.²³ Weder in der Weimarer Republik noch im Dritten Reich konnten habilitierte Wissenschaftlerinnen ernsthaft darauf hoffen, jemals die Spitze der Hochschullehrerhierarchie, ein Ordinariat, zu erreichen. Bis 1945 erhielt nur eine einzige Frau – die Pädagogin Mathilde Vaerting in Jena – einen ordentlichen Lehrstuhl an einer deutschen Universität. Ihre Berufung erfolgte gegen den erbitterten Widerstand der Universität.²⁴

Für diese erste Generation von Hochschullehrerinnen lief die Berufswahl im Regelfall auf eine zölibatäre Lebensweise hinaus. 1925 hatten 9 von 45 Hochschullehrerinnen einen Ehepartner.²⁵ Ganz ungewöhnlich war zur damaligen Zeit noch ein Forscherpaar wie die Historiker Otto Hintze und Hedwig Guggenheimer, zumal die spätere Hedwig Hintze auch nach der Heirat ihre wissenschaftliche Karriere fortsetzte (sie habilitierte sich 1928 in Berlin) und sich nicht auf eine diskrete Hintergrundexistenz als Ehefrau und wissenschaftliche Hilfskraft ihres Mannes beschränkte.²⁶ Innerhalb der Historikerzunft sorgte dieses Verhalten für erheblichen Unmut.²⁷

Exakte Angaben zur Religionszugehörigkeit der Universitätslehrerschaft liegen nur für die preußischen Universitäten vor (Tabelle 1). Sie zeigen vor allem die Dominanz eines protestantisch geprägten Bildungsbürgertums innerhalb der akademischen Elite.²⁸ Bei einem Bevölkerungsanteil von 64,1 Prozent stellten Protestanten nahezu drei Viertel des Lehrkörpers an preußischen Universitäten. Überrepräsentiert waren auch jüdische Wissenschaftler, die 8,8 Prozent des Lehrkörpers stellten (bei einem Bevölkerungsanteil von 0,9 Prozent). Katholiken blieben demgegenüber deutlich unterrepräsentiert. Obwohl fast ein Drittel der deutschen Bevölkerung katholisch war, gehörten nur 16,7 Prozent der preußischen Hochschullehrer der katholischen Kirche an. Selbst in Zentren des deutschen Katholizismus wie Köln, Bonn oder Münster bestand der Lehrkörper der Universitäten mehrheitlich aus Protestanten.²⁹ Diese Konstellation war wohl nicht das Ergebnis einer Diskriminierung katholischer Wissenschaftler, sondern primär Ausdruck der Bildungsferne großer Teile des deutschen Katholizismus. Manches spricht sogar dafür, dass Katholiken in Preußen zwischen 1919 und 1933 bevorzugt berufen wurden.³⁰

Tabelle 1: Die Religionszugehörigkeit der Hochschullehrer an den preußischen Universitäten nach Statusgruppen, 1924³¹

Status	Evang.		Kath.		Jüdisch		Andere		Zusammen	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
Planmäßige Prof.	770	78,0	168	17,0	39	4,0	10	1,0	987	100
Nichtbeamtete Prof.	350	68,1	63	12,3	97	18,9	4	0,8	514	100
Privatdozenten	379	70,1	110	20,3	43	7,9	9	1,7	541	100
Zusammen	1499	73,4	341	16,7	179	8,8	23	1,1	2042	100

Trotz der grundlegenden Veränderungen, die sich seit 1918 in der deutschen Politik vollzogen, blieb die organisatorische Struktur der Universitäten bemerkenswert konstant. Sie war geprägt von einer relativ schwachen Position der zentralen Stellen und einer weitreichenden Autonomie der einzelnen Fakultäten.³² Sowohl der Rektor als auch der Universitätssenat hatten nur geringe Kompetenzen. Weder wurden sie regelmäßig über die Entscheidungsprozesse innerhalb der Fakultäten informiert, noch hatten sie das Recht, Beschlüsse der Fakultäten zu korrigieren. Der Universitätssenat als Leitungsgremium der Hochschule war für alle wichtigen Fragen zuständig, die außerhalb der Fakultätskompetenzen lagen. Der Rektor sorgte als Vorsitzender des Senats für die Umsetzung der Senatsbeschlüsse, verfügte außerdem über das Hausrecht und repräsentierte die Universität nach außen. Wenn in Konfliktzeiten rasche Entscheidungen zu treffen waren, konnte der Rektor durchaus an Statur gewinnen, aber im Regelfall war er schon aufgrund seiner kurzen Amtszeit – das Rektorat dauerte in der Weimarer Republik nur ein Jahr – nie mehr als ein Primus inter Pares. Da eine Wiederwahl auch erfolgreicher Rektoren nicht vorgesehen war, mussten sie – so das sarkastische Fazit des Staatswissenschaftlers Ludwig Bernhard – ihr Amt immer dann aufgeben, «wenn sie den komplizierten Mechanismus der Gesamtorganisation einigermaßen verstanden» hatten.³³ Als nebenamtlicher juristischer Berater des Rektors oder des Kurators agierten der Universitätsrat beziehungsweise der Universitätssyndikus. Sie spielten zudem eine wichtige Rolle in der studentischen Disziplinargerichtsbarkeit.

Zu den Besonderheiten der preußischen Universitäten gehörte das Amt des Kurators. Die Kuratoren waren die Vertreter des Kultusministeriums an den einzelnen Universitäten und als solche insbesondere für die Haushaltsplanung zuständig. Durch ihre Hände ging die gesamte Korrespondenz zwischen Universität und Ministerium. Vor Ort, an den Hochschulen, hatten die Kuratoren wenige Fürsprecher. Sie galten als lästiges Aufsichtsorgan des Ministeriums und als Hemmnis für eine wirkliche Selbstverwaltung der Universitäten. Auf den preußischen Rektorenkonferenzen und auf Veranstaltungen des Hochschulverbandes wurde in den Anfangsjahren der Weimarer Republik mehrfach die Abschaffung der Kuratoren gefordert.³⁴

Die Fakultäten umfassten im weiteren Sinne alle Lehrkräfte und Studierenden der in der Fakultät vertretenen Fächer. Demgegenüber bildeten die engeren Fakultäten die wichtigsten Entscheidungsorgane der Universität. Sie entschieden über Promotion und Habilitation, waren für die Vollständigkeit des Lehrangebots verantwortlich und hatten das Recht, dem Ministerium Vorschläge zur Besetzung von Lehrstühlen und zur Ernennung von Honorarprofessoren oder nichtbeamteten außerordentlichen Professoren vorzulegen. Den Vorsitz führte der Dekan, der jeweils für ein Jahr gewählt wurde. Die Fakultäten funktionierten nach dem Prinzip der Ordinariendemokratie: Sämtliche Entscheidungen von Bedeutung fielen auf Sitzungen der engeren Fakultät, der alle ordentlichen Professoren angehörten. Selbst die Benotung von Dissertationen wurde per Abstimmung festgelegt, obwohl die große Mehrheit der Anwesenden nie in die zu beurteilende Arbeit hineingeschaut hatte.³⁵ Der Ausschluss der Nichtordinarien aus den Selbstverwaltungsgremien der meisten Universitäten führte in den Anfangsjahren der Weimarer Republik zu einer intensiven Debatte über die Reform der Hochschulen. Das Resultat dieser Diskussion waren neue Richtlinien und Statuten, die dafür sorgten, dass auch einige Vertreter der Nichtordinarien in die engeren Fakultäten einzogen. An der Vorherrschaft der Ordinarien änderte sich dadurch nichts. Die Studierenden waren in den engeren Fakultäten nicht vertreten.

Beim Blick auf die fachliche Struktur der Universitäten in der Weimarer Republik fällt vor allem die herausragende Stellung der Geistes-

wissenschaften auf. Unter den 1943 Hochschullehrern, die 1931 eine beamtete Professur – als Ordinarien oder Extraordinarien – hatten, vertraten 25 Prozent eine geisteswissenschaftliche Disziplin. Etwas geringer war die Zahl der Lehrstuhlinhaber in den medizinischen (23,9 Prozent) und in den naturwissenschaftlichen (20,7 Prozent) Disziplinen. Danach folgten mit deutlichem Abstand die Juristen (10,3 Prozent), die Wirtschaftswissenschaftler (4,3 Prozent), die evangelischen Theologen (6,7 Prozent) und schließlich mit 3,9 Prozent die katholischen Theologen.³⁶

Das Studium war gemäß den zeitgenössischen Vorstellungen von «akademischer Freiheit» – wie schon im Kaiserreich – wenig strukturiert. In den Jahren zwischen Studienbeginn und Examen blieb es im Wesentlichen den Studierenden überlassen, welche Lehrveranstaltungen sie besuchten und wie intensiv sie studierten. Zwischenprüfungen, regelmäßige Klausuren oder andere Formen der Leistungskontrolle waren in den meisten Fächern unbekannt oder ließen sich relativ leicht umgehen. Gewiss gab es Unterschiede zwischen den verschiedenen Fächern. So war das Medizinstudium mit seinen Pflichtvorlesungen und der ärztlichen Vorprüfung nach dem fünften Semester vergleichsweise stark reglementiert. Für die meisten deutschen Studierenden eröffnete sich aber mit dem Beginn des Studiums die Aussicht auf eine Zeit großer Unabhängigkeit. Dieses System sollte die Fähigkeit fördern, ohne äußeren Zwang eigenständig zu arbeiten. Kritiker beklagten jedoch, dass viele Studierende nach der straff reglementierten Schulzeit mit den Freiheiten, die das Studium offerierte, nicht umgehen konnten und schon mit der Zusammenstellung ihres Stundenplans überfordert waren.³⁷ Die «akademische Lernfreiheit» konnte daher auch zu einer jahrelangen Vernachlässigung des Studiums führen, ohne dass dies auffiel und ohne dass die Studierenden deswegen Sanktionen befürchten mussten.

Professoren und Politik

Die militärische Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg und die Revolution von 1918/19 erschütterten die akademische Welt in ihren Grundfesten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hatten sich alle Hochschullehrer und Studierenden mit dem Kaiserreich identifiziert. Dafür gab es nachvollziehbare Gründe. Die deutschen Hochschulen hatten im Kaiserreich den Gipfel ihrer nationalen und internationalen Reputation erreicht. Hochschullehrer genossen ein großes Sozialprestige, und die Wissenschaft wurde großzügig gefördert, wie der rasante Ausbau der Universitäten in dieser Zeit und die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Jahr 1911 zeigen. Obwohl selbst liberale Hochschullehrer wie der Historiker Friedrich Meinecke die Revolution von 1918/19 als eine «furchtbare Katastrophe» empfanden,³⁸ schien die neue demokratische Republik an den Universitäten zunächst auf Akzeptanz zu stoßen. Diesen Eindruck vermittelten zumindest diverse öffentliche Bekundungen verschiedener Hochschulen, die sich auf den Boden der neuen Ordnung stellten.³⁹ So erklärten die Professoren und Dozenten der Berliner Universität am 17. November 1918 in einer Resolution, dass «sie sich bereitwillig der provisorischen neuen Regierung unterstellen, die endgültige Ordnung der Verhältnisse von einer auf lauterem demokratischen Grundsätzen aufgebauten Nationalversammlung erwarten und ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst der zurückkehrenden Studenten und der neuen sich anbietenden Aufgaben der Volksbildung zu stellen bereit sind».⁴⁰

Von den Studierenden kamen anfangs ähnliche Signale.⁴¹ In Jena erklärte am 9. November 1918 eine von etwa 100 Personen besuchte Studentenversammlung, «ein großer Teil der Jenaer Studentenschaft» stehe «auf dem Grundsatz der Demokratisierung Deutschlands» und werde «den Geist wahrer Demokratie stützen und fördern».⁴² In Leipzig verabschiedeten am 12. November etwa 700 Studierende eine Erklärung, welche die «vom Arbeiter- und Soldatenrat gewährte, zur Erhaltung unseres Wirtschaftslebens unbedingt notwendige Ordnung» anerkannte und gleichzeitig freie Wahlen für eine allgemeine Volks-

vertretung forderte.⁴³ Auch eine studentische Vollversammlung an der Berliner Universität stellte sich am 23. November der «provisorischen Regierung zur Verfügung» und forderte die «baldigste Einberufung der Nationalversammlung». Bei den wenige Tage später stattfindenden Wahlen für den neuen Studentenausschuss der Universität Berlin setzte sich die Hochschulpartei durch, die nach eigenen Worten «auf dem Boden der neuen Zeit» stand.⁴⁴

Die anfängliche Bereitschaft, die neue Zeit nolens volens zu akzeptieren, beruhte im Wesentlichen auf drei Ursachen: *Erstens* waren selbst hartgesottene Monarchisten von dem fast widerstandslosen Zusammenbruch der Monarchie so stark beeindruckt, dass sie nicht mit einer baldigen Rückkehr zur alten Ordnung rechneten. *Zweitens* erschienen die Einberufung der Nationalversammlung und die Etablierung einer parlamentarischen Demokratie zu diesem Zeitpunkt vielen Akademikern als einzige realistische Alternative zu einer Linksdiktatur nach bolschewistischem Muster.⁴⁵ *Drittens* schließlich bestand im Bürgertum die weitverbreitete Erwartung, eine parlamentarisch-demokratische Regierung werde in der Lage sein, bei künftigen Friedensverhandlungen mit den Alliierten bessere Ergebnisse zu erzielen.

Diese teils resignative, teils pragmatisch-taktische Einstellung gegenüber der Republik verflüchtigte sich indes schon im Laufe des Jahres 1919. Nach den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 schrumpfte das Gespenst des Kommunismus auf eine Größe zusammen, die nicht mehr wirklich Furcht einflößte. Und die Hoffnung auf einen milden Frieden wich einem ungläubigen Entsetzen, als im Mai 1919 die Details des Versailler Vertragswerkes veröffentlicht wurden.

Der Berliner Historiker Theodor Schiemann musste nach Bekanntgabe der Versailler Friedensbedingungen, die ihm als das Ende Deutschlands erschienen, seine Vorlesung abbrechen, weil er am Katheder einen Weinkrampf erlitten hatte.⁴⁶ Der deutschnationale Pathologe Otto Lubarsch charakterisierte den Vertrag als ein «Machwerk» von «kalt ausgeklügelter Grausamkeit und Bosheit». Für den liberalen Theologen Adolf von Harnack war der Friedensvertrag ein «Teufelssieg des Imperialismus und Kapitalismus». Und der sozialdemokratische Jurist Hermann Heller behauptete noch 1931, der Ver-

sailer «Unrechtsvertrag» habe Deutschland in eine «weiße Sklavenkolonie» verwandelt.⁴⁷ Zu den wenigen Gemeinsamkeiten, auf die sich nahezu alle Hochschullehrer und Studierenden nach 1919 verständigen konnten, gehörte die Entschlossenheit, den Frieden von Versailles nicht zu akzeptieren. Dementsprechend war der Gedanke an einen künftigen Revanchekrieg sowohl bei den Studierenden als auch im Lehrkörper weitverbreitet, wie die lateinische Inschrift des Gefallenendenkmals der Berliner Universität von 1926 dezent, aber doch unmissverständlich signalisierte: *Invictis victi victuri*.⁴⁸

Auch für manche Akademiker, die sich unter dem Eindruck des Kriegserlebnisses zunächst liberal-demokratischen oder sogar pazifistischen Ideen zugewandt hatten, markierte der Versailler Vertrag einen Wendepunkt in ihrer politischen Entwicklung. Der Theologe Hermann Wolfgang Beyer, seit 1926 Professor in Greifswald, hatte als Soldat am Ersten Weltkrieg teilgenommen und war als Kriegsgegner von der Front zurückgekehrt. Krieg war für ihn, wie er im Februar 1919 schrieb, «der grausamste, abscheuerregendste Mord».⁴⁹ Beyer bejahte die Weimarer Republik und erhoffte sich, wie viele andere Deutsche, einen milden Friedensvertrag auf der Grundlage des Vierzehn-Punkte-Programms, das der amerikanische Präsident Woodrow Wilson formuliert hatte. Umso größer war seine Bestürzung, als die alliierten Friedensbedingungen bekannt wurden. Am 8. Mai 1919 notierte er in seinem Tagebuch:

Abends, als ich gerade fortgehen will ... kommt die Zeitung und bringt ... die Friedensbedingungen der Gegner. Nun fliegt der Blick gierig über die Zeilen – und erstarrt. Wir sind stumpf geworden durch das Ungeheuerliche unseres Erlebens ... Aber heute, heut Abend, da zuckte es durch alle meine Adern, da schoß ein Strom von Blut mir zu Häupten und färbte mich glühend rot, daß es in mir brannte, da ballten sich die Fäuste in stechendem Schmerz, in Zorn, in Scham, in tiefer, tiefer Trauer. Da ist mir wieder ein idealer Glaube zerbrochen. Darin hatte ich des furchtbaren Krieges letzten Sinn zu finden gehofft, daß es nach ihm Frieden werden würde auf Erden. Das ist nun dahin: Nun wissen wir: Unser ganzes Leben wird sein, was unsere Jugend war: Kampf, Kampf, Kampf!⁵⁰

Mit dieser Enttäuschung begann Beyers Abwendung von der Weimarer Republik. Bei den Wahlen für die Nationalversammlung im Januar

1919 hatte er noch die liberaldemokratische DDP gewählt. Ein Jahr später unterstützte er die nationalliberale DVP. 1927/28 schloss er sich der republikfeindlichen DNVP an.⁵¹ Eine ähnliche Entwicklung vollzogen viele seiner Kollegen. Spätestens seit der zweiten Hälfte des Jahres 1919 stand die Mehrzahl der deutschen Hochschullehrer der Weimarer Republik kritisch oder ablehnend gegenüber.

Zum Selbstverständnis der deutschen Universitäten in der Weimarer Republik gehörte die vehemente Abgrenzung gegen «Parteipolitik», «Parteihader» und «Parteizersplitterung».⁵² «Parteien und Parteipolitik», so fasste der Berliner Jurist Rudolf Smend diese Haltung zusammen, «stehen mit dem Wesen der Hochschule im Widerspruch».⁵³ In dieser Haltung vermischten sich zwei unterschiedliche Motive: zum einen die Furcht vor parteipolitischer Einflussnahme auf die Universitäten, insbesondere vor parteipolitisch motivierten Berufungen, zum anderen ein generelles Misstrauen gegenüber der parlamentarischen Demokratie und der tragenden Rolle, die politische Parteien in ihren Entscheidungsprozessen spielen.

Abneigung gegen Parteipolitik war daher nicht gleichbedeutend mit einer unpolitischen Haltung. Vielmehr trennte man an den Hochschulen zwischen Parteipolitik und einer Politik, die «nationale Interessen» vertrat. Letztere gehörte nach eigenem Selbstverständnis durchaus zum Aufgabenbereich der Hochschulen: «Wir sind eine deutsche Universität, und in dem furchtbaren Elend unseres Volkes ist es womöglich noch mehr als in früheren, glücklicheren Zeiten unsere heiligste Pflicht, für die Erhaltung und Neukräftigung des Deutschtums einzutreten und, wenn das Vaterland es fordert, mit voller Hingabe seinem Ruf zu folgen», erklärte 1920 der Rektor der Berliner Universität, der renommierte Althistoriker Eduard Meyer.⁵⁴ Ganz ähnlich verknüpfte der Leipziger Rektor Heinrich Siber 1927 den Grundsatz politischer Neutralität mit dem Bekenntnis «zum Vaterland» und «zum deutschen Volkstum».⁵⁵ In diesem Sinne positionierte sich im selben Jahr auch die deutsche Rektorenkonferenz in einer einstimmig angenommenen Resolution:

Es liegt den deutschen Hochschulen und ihren Rektoren fern, der studierenden Jugend die Beschäftigung mit den Problemen des politischen Lebens zu verwehren. Sie erachtet es vielmehr für selbstverständlich, daß Lehrer und Studenten mit heißem Herzen Anteil nehmen am Geschick des deutschen Vaterlandes. Dagegen lehnen sie mit dem Nachdruck ihrer Verantwortlichkeit gegenüber Staat und Wissenschaft das Hineintragen der Parteipolitik in die Hochschule grundsätzlich ab.⁵⁶

Fraglos war diese Haltung stark durch Ressentiments gegen die Weimarer Parteiendemokratie beeinflusst.⁵⁷ Aber sie richtete sich auch gegen die politische Rechte, wenn die Autonomie der Hochschulen von dieser Seite bedroht schien. Als der nationalsozialistische Volksbildungsminister von Thüringen, Wilhelm Frick (der spätere Reichsinnenminister), 1930 dem Rasseforscher Hans F.K. Günther in Jena gegen den Willen der Universität einen Lehrstuhl einrichtete, protestierte der Hochschulverband öffentlich gegen diese «Politisierung der Hochschulen».⁵⁸ Ähnliches wiederholte sich während des Braunschweiger Hochschulkonflikts von 1931/32, als der nationalsozialistische Volksbildungsminister des Freistaates Braunschweig Dietrich Klagges in enger Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) versuchte, Rektor und Senat der TH Braunschweig auf die Knie zu zwingen.⁵⁹

Gleichwohl haben sich überraschend viele Hochschullehrer zwischen 1919 und 1932 parteipolitisch engagiert. Wie aus neueren Lokalstudien hervorgeht, waren in der Weimarer Republik wahrscheinlich etwa 20 bis 30 Prozent aller Hochschullehrer Mitglieder einer politischen Partei. Das früher vorherrschende Bild vom unpolitischen Professor ist unter dem Eindruck dieser Forschungen weitgehend verblasst.⁶⁰ Gewiss gab es auch in der Weimarer Republik den Typ des weltfremden Gelehrten, der sich für alles, was außerhalb des eigenen Fachgebietes lag, nicht wirklich interessierte. Der Philosoph Karl Löwith berichtet in seinen Erinnerungen, er sei politisch indifferent gewesen, habe all die Jahre hindurch nie eine Zeitung gelesen und daher die nationalsozialistische Gefahr erst sehr spät erkannt.⁶¹ Allerdings war dieser Professorentyp wohl weitaus seltener, als lange Zeit angenommen wurde.

Wie die bislang veröffentlichten Lokalstudien zeigen, war die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) im Lehrkörper der meisten Universitäten die stärkste Partei, so zum Beispiel in Berlin, Tübingen, Göttingen, Bonn, Jena und Münster.⁶² «Im allgemeinen wurde bis zum Beweis des Gegenteils angenommen, dass man deutsch-national sei», schrieb der Mathematiker Heinrich Behnke über die Lehrenden der Universität Münster, der er seit 1927 angehörte.⁶³ Als national-konservative Partei repräsentierte die DNVP jene Kräfte, welche die Weimarer Republik grundsätzlich ablehnten und – vor allem in den ersten Jahren der Republik – dem untergegangenen Kaiserreich nachtrauerten. Dementsprechend strebte die Partei eine Rückkehr zur Monarchie an. Enge Verbindungen bestanden zu den traditionellen Eliten in Industrie, Landwirtschaft, staatlicher Bürokratie und protestantischer Kirche. Die DNVP war eine antisemitische Partei. Doch fehlte dem deutschnationalen Antisemitismus jene radikale, rassistisch geprägte Unbedingtheit, die dem Nationalsozialismus zu eigen war.⁶⁴

Nach der DNVP war die Deutsche Volkspartei (DVP) für Professoren besonders attraktiv. Im Lehrkörper einer vergleichsweise liberalen Universität wie Hamburg zählte sie sogar mehr Mitglieder als alle anderen Parteien.⁶⁵ Als nationalliberale Partei vertrat die DVP monarchistische Positionen, war in den 1920er Jahren gleichwohl an fast allen Kabinetten der Weimarer Republik beteiligt.⁶⁶ Gerade die Zwitterexistenz dieser Partei, die sich weder dem republikanischen noch dem republikfeindlichen Lager eindeutig zuordnen ließ, scheint sie für viele Hochschullehrer attraktiv gemacht zu haben, wie der Journalist und spätere Zeitungswissenschaftler Erich Everth 1922 konstatierte:

Die Volkspartei ... erscheint den Professoren, wie vielen andern, als die Partei des *juste milieu*, bei der nichts zu riskieren ist, weder nach rechts noch nach links, die zwischen Altem und Neuem balanciert, auch wohl laviert, bei der man sich vor allem gesellschaftlich nicht kompromittiert. Damit ist gegeben ein platonischer Monarchismus, aber auch Bejahung des bestehenden Staates, *faute de mieux* und weil man als Gelehrter und Forscher doch am allerwenigsten Interesse an neuer Aufregung und neuem Umsturz hat. Jedenfalls verzichten die Anhänger dieser politischen Einstellung darauf, gegen die Republik zu hetzen oder polemisch aufzutreten, sei es in oder außerhalb der Universität.⁶⁷

Zu den wichtigsten Stützen der Weimarer Republik zählte die Deutsche Demokratische Partei (DDP).⁶⁸ Im Lehrkörper der meisten deutschen Universitäten war die linksliberale DDP jedoch deutlich schwächer vertreten als die DNVP oder die DVP. Nur an der Universität Heidelberg spielten liberaldemokratische Hochschullehrer zeitweise eine dominante Rolle.⁶⁹ An den meisten anderen Universitäten hatten die liberalen Professoren dagegen eher Grund, sich als isolierte Minderheit zu fühlen. Dieser Prozess der Isolierung hatte, wie der Historiker Friedrich Meinecke 1925 schrieb, bereits während des Ersten Weltkriegs begonnen.⁷⁰ Zu den Anhängern der DDP gehörten neben überzeugten Demokraten viele «Vernunftrepublikaner» – Hochschullehrer, die sich nach dem Untergang der Monarchie der neuen Ordnung zuwandten, obwohl sie weiterhin dem Kaiserreich nachtrauerten: «Mein Intellekt erkennt und gibt zu, daß das Alte rettungslos verloren ist, daß es sich selber das Grab gegraben hat, mein Herz aber hängt nun einmal an diesem Alten und mag von ihm nicht lassen», schrieb der Historiker Hans Delbrück Ende des Jahres 1918.⁷¹

Anhänger der beiden großen Linksparteien SPD und KPD waren im Lehrkörper der 23 deutschen Universitäten nur selten vertreten. Vor allem die Kommunisten, die bei Reichstagswahlen bis zu 17 Prozent der Wählerstimmen für sich gewinnen konnten, spielten an den Hochschulen keine Rolle. Auch die katholische Zentrumspartei und die mit ihr verbundene Bayerische Volkspartei waren an den meisten Universitäten aufgrund der relativ geringen Zahl katholischer Hochschullehrer kein bedeutsamer politischer Faktor. Selbst in Hochburgen des deutschen Katholizismus blieb die Zahl ihrer Mitglieder überschaubar. In Bonn gehörten von 252 Professoren und Dozenten 15 der Zentrumspartei an, überwiegend katholische Theologen. An der Universität Münster zählte die Partei unter den insgesamt 218 Professoren 12 Mitglieder.⁷²

An den meisten Universitäten stand vor 1933 eine starke Gruppe von deutschnationalen, republikfeindlichen Hochschullehrern einer deutlich schwächeren Minderheit von Liberalen und wenigen Sozialdemokraten gegenüber, die sich für die Weimarer Republik einsetzten.

Dazwischen lag, wie Friedrich Meinecke 1926 analysierte, «eine breite Masse von Elementen, die stimmungsmäßig nach rechts neigen, den heutigen Staat nicht lieben, aber auch nicht geradezu verachten und ihr kühles Verhältnis zu ihm durch eine fleißige Kritik seiner Mängel zu rechtfertigen suchen».⁷³ Meineckes Hoffnung, Teile dieser mittleren Gruppe für die Republik gewinnen zu können, erfüllte sich nicht. Stattdessen nahm die Zahl der Wissenschaftler, die sich an den Treffen des Weimarer Kreises verfassungstreuer Hochschullehrer beteiligten, zwischen 1927 (114 Teilnehmer) und 1932 (30 Teilnehmer) deutlich ab.⁷⁴ Die Hochschulen galten daher in der Weimarer Republik nicht zu Unrecht als «Hort der Reaktion», wie der sozialdemokratische *Vorwärts* 1920 konstatierte.⁷⁵

Manche Hochschullehrer nutzten auch ihre Lehrveranstaltungen, um Ressentiments gegen die Republik zu schüren. In Tübingen beispielsweise «machten die beiden Historiker Johannes Haller und Adalbert Wahl ohne Rücksicht auf das jeweilige Vorlesungsthema aus ihrer antidemokratischen Haltung, aus ihrer Verachtung gegenüber der Republik, deren Regierungen und ihrer Politik kein Hehl», wie Theodor Eschenburg in Erinnerungen an seine Studienzeit berichtet hat. Bei Haller sei kaum eine Stunde vergangen, «in der nicht eine scharfe, vielfach sogar gehässige Bemerkung ... fiel, um mit großem Beifall aufgenommen zu werden». An der Berliner Universität, wo Eschenburg sein Studium fortsetzte, überwogen nach seiner Aussage ebenfalls «die undemokratischen Tendenzen». Der Althistoriker Eduard Meyer habe im Kolleg aus seiner «feindseligen Haltung» gegenüber der Weimarer Republik kein Hehl gemacht. «Die Geschichte Athens und Roms bot ja viele Möglichkeiten zum Vergleich, wenn sie auch manchmal nicht stimmten.» Durch Andeutungen habe auch der Historiker Albert Brackmann «immer wieder seine Vorliebe für die alte Monarchie» gezeigt. Der Staatsrechtler Heinrich Triepel sei in seiner Vorlesung immerhin «loyal» gewesen und habe «feindselige Bemerkungen» vermieden, gleichwohl «spürte man doch sehr deutlich seine innere Ablehnung», schrieb Eschenburg.⁷⁶

Nostalgische Gefühle gegenüber dem untergegangenen Kaiserreich allein können die weitverbreitete Distanz der Hochschullehrer gegen-

über der Weimarer Republik nicht erklären. Zwei weitere Faktoren kamen hinzu:

Erstens, der Zerfall bürgerlicher Sekurität, der in den ersten Jahren der Weimarer Republik seinen Höhepunkt erreichte.⁷⁷ Bestandteile dieses Prozesses waren der Verlust der Ersparnisse, die viele Professoren in Krieganleihen investiert hatten, die Auswirkungen der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen 1918 und 1923 und die außergewöhnlichen Einkommensverluste der Inflationszeit. Im Januar 1920 betrug die realen Bezüge der akademischen Beamten nur noch ein Fünftel des Vorkriegsstandes. Dadurch schrumpften die beträchtlichen Einkommensunterschiede, die vor dem Krieg zwischen beamteten Professoren und der Arbeiterschaft bestanden hatten, zeitweise erheblich zusammen.⁷⁸

Diese Entwicklung stärkte, *zweitens*, die Überzeugung, dass Demokratie notwendigerweise soziale Nivellierung bedeute und damit auf einen Statusverlust der akademischen Elite hinauslaufe. Wie Max Weber bereits im Sommer 1918 registrierte, steckte hinter dem «Gezeter» gegen die Demokratie vor allem «die Angst um das Prestige der eigenen Schicht: des Diplom-Menschentums».⁷⁹ Ähnlich argumentierte der Münchener Philosoph Helmut Kuhn, der die kritische Einstellung seiner Kollegen gegenüber der Republik rückblickend auf «ein durch demokratische Gleichmacherei gekränktes Standesgefühl» zurückführte.⁸⁰

Trotz dieser weitverbreiteten Antipathien gegenüber der Weimarer Republik konnte die NSDAP im Lehrkörper der Universitäten bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme nicht wirklich Fuß fassen. So gehörten in Münster vor 1933 nur 5 von 218 Professoren der NSDAP an (2,3 Prozent). In Bonn besaßen lediglich 4 von 252 Professoren und Dozenten vor der «Machtergreifung» das nationalsozialistische Parteibuch (1,6 Prozent), in Berlin waren es 12 von 799 (1,5 Prozent), in Hamburg 10 von 271 (3,7 Prozent). Unter den 186 Angehörigen des Lehrkörpers der Universität Marburg befanden sich vor 1933 4 NSDAP-Mitglieder. Bei den wenigen Parteimitgliedern handelte es sich ganz überwiegend um Assistenten, Privatdozen-

ten und außerordentliche Professoren, um Wissenschaftler also, die nicht zur Kerngruppe des Lehrkörpers gehörten.⁸¹

Selbst Professoren, die nach der «Machtergreifung» in das nationalsozialistische Lager übergangen, konnten der NSDAP zu Beginn der 1930er Jahre nur wenig abgewinnen. Für Franz Petri, der sich im Dritten Reich zu einem führenden «Westforscher» entwickelte, war Hitler noch im Januar 1933 ein «Demagoge, dessen persönliche Ehrlichkeit das Unheil nicht geringer macht».⁸² Sein Kollege Theodor Mayer, später ein begeisterter Gefolgsmann Hitlers, kritisierte noch im Frühjahr 1933 die «Massendemagogie» der NSDAP und ihre «Unfähigkeit zu positiver Politik».⁸³ Der alldeutsche Hochschullehrer Johannes Haller, der im Juli 1932 öffentlich zur Unterstützung des Nationalsozialismus aufgerufen hatte, rückte schon zwei Monate später wieder von der NSDAP ab, weil er den Eindruck gewonnen hatte, dass «die Partei sich für die proletarische Richtung entschieden» habe.⁸⁴ Hinzu kam bei vielen die Furcht vor einer «Einschränkung der geistigen Freiheit»⁸⁵ und der universitären Autonomie. Wie berechtigt solche Ängste waren, hatte sich 1931/32 während des Braunschweiger Hochschulkonflikts gezeigt. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse verurteilte eine außerordentliche Rektorenkonferenz im Dezember 1932 einstimmig die Eingriffe des nationalsozialistischen Ministers in die «Freiheit der Wissenschaft und in die akademische Selbstverwaltung» und bekundete gleichzeitig ihre Entschlossenheit, «die Freiheit des akademischen Lebens und der akademischen Lehre auch durch Zurückgreifen auf die staatlichen Machtmittel» zu verteidigen.⁸⁶ Schließlich hat auch die Angst vor Karrierenachteilen manchen sympathisierenden Hochschullehrer von einem Eintritt in die NSDAP abgehalten. In mehreren Ländern, darunter Preußen, war Beamten die Mitgliedschaft in der NSDAP zu Beginn der 1930er Jahre verboten.⁸⁷

Diese vier Faktoren, das plebejische Profil der NSDAP, der demagogische Stil ihrer Propaganda, die Angst vor einer Einschränkung der akademischen Freiheit und die Furcht vor staatlichen Repressalien, sorgten dafür, dass vor der nationalsozialistischen Machtübernahme nur wenige Professoren den Weg in diese Partei fanden. Die Hochschullehrer gehörten mithin zu jenen traditionellen Eliten, die einen

signifikanten Beitrag zur Zerstörung der Weimarer Republik leisteten, ohne am Aufstieg des Nationalsozialismus zur Massenbewegung in nennenswerter Weise beteiligt gewesen zu sein. Eine Organisation nationalsozialistischer Hochschullehrer bildete sich daher erst nach der «Machtergreifung».

Eine entschiedene Gegenposition zur NSDAP war von den meisten Professoren aber ebenso wenig zu erwarten. Das zeigte sich schon 1931, als Friedrich Meinecke versuchte, an der Berliner Universität einen öffentlichen Aufruf gegen den Nationalsozialismus zu organisieren. Geplant war, zunächst einmal acht «gute Namen zusammenzubringen», um danach den Aufruf mit der Bitte um Unterzeichnung an «sämtliche Berliner Kollegen» zu verschicken. Der Plan scheiterte jedoch schon im Vorfeld, weil es nicht gelang, diese acht «guten Namen» zu finden: «Jeder bisher Gefragte hat Gegengründe wie Brombeeren», klagte Meinecke einem Leipziger Kollegen: «Im Hintergrund richtet man sich eben auf die kommende Naziregierung schon ein.»⁸⁸

Tabelle 2: Der nationalsozialistische Stimmenanteil bei studentischen Wahlen an den Universitäten und bei Reichstagswahlen, 1928–1933 (in Prozent)⁸⁹

Jahr	Studentische Wahlen		Reichstagswahlen	
	Stimmenanteil des NSDStB	Wahlbeteiligung	Stimmenanteil der NSDAP	Wahlbeteiligung
1928	11,8	64,0	2,6	75,6
1929	19,3	60,9	–	–
1930	32,4	67,1	18,3	82,0
1931	44,6	76,4	–	–
1932 ^a	49,1	65,1	37,4	84,1
1933	41,3	71,8	43,9	88,8

^a Reichstagswahl vom 31. Juli 1932.

Im Gegensatz zu den Professoren zeigten sich die Studierenden schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt ungewöhnlich aufnahmebereit für die Parolen der NSDAP. Zwischen 1928 und 1932 lag der nationalsozialistische Stimmenanteil bei Wahlen für studentische Gremien stets

höher als bei Reichstagswahlen (Tabelle 2). 1931 erzielte der NSDStB bei studentischen Wahlen (mit hoher Wahlbeteiligung) schon fast 45 Prozent der Stimmen, 1932 waren es sogar 49 Prozent. Folgerichtig übernahm der NSDStB bereits 1931 die Leitung der Deutschen Studentenschaft, einer überregionalen Dachorganisation.⁹⁰ Der steigende Einfluss der Nationalsozialisten zeigte sich in der zunehmenden Aggressivität studentischer Politik, in der wachsenden Bereitschaft, mit physischer Gewalt gegen marxistische, republikanische oder jüdische Kommilitonen vorzugehen, und in hasserfüllten Kampagnen gegen einzelne Hochschullehrer, die aufgrund ihrer politischen Überzeugungen oder aus antisemitischen Gründen an der Lehre gehindert wurden. Für überregionale Schlagzeilen sorgte insbesondere das Vorgehen der Nationalsozialisten und ihrer Verbündeten gegen die Professoren Emil Julius Gumbel (Heidelberg), Günther Dehn (Halle) und Ernst Cohn (Breslau).⁹¹

Juden und Antisemitismus im akademischen Milieu

Die Geschichte jüdischer Gelehrter an den deutschen Universitäten lässt sich für die Jahre vor der nationalsozialistischen Machtübernahme sowohl als Erfolgsgeschichte wie auch als Diskriminierungsgeschichte schreiben. Die Erfolge zeigen sich zum einen in der relativ starken Präsenz von Juden im Lehrkörper der deutschen Universitäten und in wissenschaftlichen Großorganisationen wie der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, zum anderen in der außergewöhnlich großen Zahl jüdischer Spitzenforscher. Im Wintersemester 1932/33 waren 6,2 Prozent des Lehrkörpers der deutschen Universitäten Juden oder Jüdinnen.⁹² Zu dieser Zeit stellten Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaft 0,9 Prozent der deutschen Bevölkerung.⁹³ Zudem war in den ersten vier Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts fast ein Drittel aller deutschen Nobelpreisträger jüdisch oder jüdischer Herkunft.⁹⁴ Es fällt auf, dass die jüdischen Lehrkräfte sich sehr ungleichmäßig auf die verschiedenen Universitäten verteilten. Besonders stark vertreten waren jüdische Hochschullehrer in Frankfurt, Berlin und Breslau. Im Lehr-

körper der Universitäten Erlangen, Greifswald und Tübingen gab es dagegen keine Juden (Tabelle 27 im Anhang). Diese erheblichen Unterschiede lassen sich durch zwei Faktoren erklären: Zum einen spiegeln sie die Stärke der jüdischen Gemeinden in den einzelnen Universitätsstädten. Je größer die Gemeinde, desto größer war auch die Zahl der jüdischen Studierenden, und mit ihr wuchs in der Regel die Bereitschaft der Universitäten, begabte jüdische Wissenschaftler zu habilitieren und zu berufen. Es ist gewiss kein Zufall, dass die drei Universitäten, deren Lehrkörper einen besonders hohen Anteil jüdischer Gelehrter aufwiesen, in den Städten lagen, die zur damaligen Zeit die größten jüdischen Gemeinden Deutschlands beherbergten (Frankfurt, Berlin und Breslau).⁹⁵ Zum anderen verweist die Statistik auf den Einfluss des Antisemitismus an den verschiedenen Hochschulen. Eine Universität wie Tübingen hatte gegen Ende der Weimarer Republik auch deshalb keine jüdischen Dozenten, weil unter den Professoren offensichtlich ein stillschweigendes Einverständnis herrschte, Juden weder zu habilitieren noch zu berufen. So musste der langjährige Assistenzarzt der Tübinger Universitätsnervenklinik Alfred Storch Tübingen 1927 verlassen und nach Gießen wechseln, weil es ihm als Jude unmöglich war, sich an der Universität Tübingen zu habilitieren. In Gießen gelang die Habilitation ein Jahr später problemlos.⁹⁶ Im Februar 1933 fasste der Kanzler der Universität Tübingen August Hegler die vorherrschende Stimmung so zusammen: Man habe «hier die Judenfrage gelöst», indem «man nie davon gesprochen» habe.⁹⁷ Ähnlich äußerte sich im Januar 1934 der Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät Erlangen.⁹⁸

Insgesamt betrachtet waren jüdische Wissenschaftler im deutschen Universitäts- und Wissenschaftssystem aber überproportional vertreten. Diese Tatsache rief schon lange vor 1933 Antisemiten aller Couleur auf den Plan. Zu ihnen gehörten Angehörige völkischer oder nationalsozialistischer Gruppierungen wie der Physiker Johannes Stark, der 1930 anklagend von einer «Verjudung der deutschen Hochschulen» sprach.⁹⁹ Kritik kam jedoch auch von anderer Seite, beispielsweise aus dem katholischen Milieu. Als Konrad Adenauer, damals Oberbürgermeister von Köln, sich 1930 für die Berufung des renom-

mierten jüdischen Juristen Hans Kelsen an die Kölner Universität einsetzte, sprach die *Kölnische Volkszeitung* von einem «Berufungsskandal». Adenauers Vorgehen sei unverständlich und befremdend: «Ist dem Oberbürgermeister nicht bekannt, daß die Universität Köln bereits mit Dozenten jüdischen Bekenntnisses überbesetzt ist; eine Tatsache, die auch in Professorenkreisen aus sachlichen Gründen starken Widerspruch findet?»¹⁰⁰

Es überrascht daher nicht, dass jüdische Wissenschaftler in der Weimarer Republik vielfältiger Diskriminierung ausgesetzt waren. Aggressive Antisemiten wie der Hamburger Geograph Siegfried Passarge oder der Jenaer Zoologe Ludwig Plate, die sogar in ihren Vorlesungen antijüdische Bemerkungen fallen ließen, waren allerdings eher selten.¹⁰¹ Auch persönliche Angriffe gegen jüdische Kollegen blieben an den Universitäten verpönt.¹⁰² Der «Radauantisemitismus» galt als unakademisch. Stattdessen herrschte an vielen Hochschulen ein «stiller Antisemitismus», den «man mehr fühlen als deutlich wahrnehmen konnte», wie der Jurist Wolfgang Kunkel rückblickend notierte.¹⁰³ Dieser stille Antisemitismus fand sich sogar bei manchen Liberalen.¹⁰⁴

Zwar hatten begabte jüdische Nachwuchswissenschaftler an den meisten deutschen Universitäten durchaus die Möglichkeit, sich zu habilitieren. Ihre Chancen, auf einen Lehrstuhl berufen zu werden, waren jedoch deutlich geringer als die ihrer protestantischen oder katholischen Kollegen – eine Tatsache, über die in Universitätskreisen bemerkenswert offen gesprochen wurde.¹⁰⁵ Max Weber gab 1919 in seiner berühmten Rede über *Wissenschaft als Beruf* jüdischen Wissenschaftlern in Anlehnung an Dante sogar den Rat, alle Hoffnungen auf eine Universitätskarriere aufzugeben: «lasciate ogni speranza».¹⁰⁶

Das war allerdings eine Übertreibung. Tatsächlich konnten jüdische Wissenschaftler in der Weimarer Republik durchaus an die Spitze der universitären Hierarchie gelangen. An der Berliner Universität gehörten gegen Ende der Weimarer Republik 7 von 141 Ordinarien (5 Prozent) der jüdischen Religionsgemeinschaft an.¹⁰⁷ Vereinzelt wurden jüdische Ordinarien sogar zu Rektoren gewählt – so die Juristen Jakob Friedrich Behrend (1882/83 in Greifswald) und Max Pappenheim (1901/02 in Kiel) sowie der Philosoph Ernst Cassirer (1929/30 in

Hamburg).¹⁰⁸ Solche Erfolgsgeschichten waren jedoch Ausnahmefälle, wie die vergleichende Untersuchung von Universitätskarrieren im Kaiserreich und in der Weimarer Republik zeigt.

Tabelle 3: Die Ordinarienquote unter den an der Berliner Universität lehrenden Hochschullehrern nach Religionszugehörigkeit, 1871–1933¹⁰⁹

Religion/Herkunft	Hochschullehrer 1871–1933		Davon erhielten ein Ordinariat bis 1933	
	absolut	in %	absolut	in %
Protestanten ^a	1336	69,9	597	44,7
Katholiken ^b	116	6,1	78	67,2
Juden	246	12,9	41	16,7
Getaufte jüdischer Herkunft	213	11,1	85	39,9
Zusammen	1911	100,0	801	41,9

^a Ohne Protestanten jüdischer Herkunft. ^b Ohne Katholiken jüdischer Herkunft.

Tabelle 3 errechnet die Ordinarienquote unter den Hochschullehrern, die zwischen 1871 und 1933 an der Berliner Universität lehrten, und differenziert dabei zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften. Die Ordinarienquote besagt, wie viele dieser Hochschullehrer bis 1933 eine ordentliche Professur erhielten – in Berlin oder anderswo. Insgesamt gelang es 801 von 1911 Berliner Hochschullehrern, zwischen 1871 und 1933 ein Ordinariat zu erhalten. Die durchschnittliche Ordinarienquote lag demzufolge bei 41,9 Prozent. Hinter dieser Durchschnittszahl verbergen sich jedoch erhebliche Unterschiede zwischen Angehörigen verschiedener Religionsgemeinschaften. Während Protestanten (mit 44,7 Prozent) und insbesondere Katholiken (mit 67,2 Prozent) eine überproportional hohe Ordinarienquote erreichten, lag die Ordinarienquote der Juden weit unter dem Durchschnitt: Von 246 jüdischen Hochschullehrern erhielten bis 1933 nur 41 (16,7 Prozent) einen ordentlichen Lehrstuhl. Jüdische Hochschullehrer kamen selten über den Status eines nichtbeamteten außerordentlichen Professors hinaus und blieben damit sehr viel häufiger als ihre christlichen Kollegen aus der eigentlichen Kerngruppe des Lehrkörpers ausgeschlossen. Dies galt keineswegs nur für Berlin, sondern

für sämtliche preußischen Universitäten. 1924 waren in Preußen nur 4 Prozent der planmäßigen Professoren, aber 7,9 Prozent der Privatdozenten und 18,9 Prozent der nichtbeamteten außerordentlichen Professoren Juden.¹¹⁰

Zu diesen für jüdische Gelehrte sehr ungünstigen Karriereperspektiven trug neben antisemitischer Diskriminierung noch ein zweiter Faktor bei: die überproportional große Präsenz jüdischer Hochschullehrer an den Medizinischen Fakultäten.¹¹¹ Denn gerade in der Medizin waren – unabhängig von der Religionszugehörigkeit – die statistischen Chancen habilitierter Wissenschaftler, jemals ein Ordinariat zu erhalten, aufgrund des massiven Überhangs an nichtbeamteten Hochschullehrern besonders gering.¹¹²

Der Antisemitismus im Lehrkörper der deutschen Universitäten schloss jüdische Wissenschaftler also nicht generell aus, benachteiligte sie aber bei Personalentscheidungen, insbesondere bei der Besetzung von Lehrstühlen. Das war im Prinzip nichts Neues. Eine ähnliche Diskriminierung hatte es bereits im Kaiserreich gegeben.¹¹³ Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges nahmen antijüdische Ressentiments in akademischen Kreisen jedoch stark zu. Unter dem Eindruck der Kriegsniederlage, der Revolution und der Münchener Räterepublik, deren führende Persönlichkeiten vielfach jüdischer Herkunft waren,¹¹⁴ verfestigte sich in Professorenkreisen die Vorstellung, dass Judentum und Subversion auf irgendeine Weise miteinander verknüpft waren. Im März 1919 schrieb der renommierte Münchener Physiker Arnold Sommerfeld einem Kollegen, er werde aufgrund des «jüdisch-politischen Unfugs mehr und mehr Antisemit».¹¹⁵ Mit dieser Einstellung stand Sommerfeld keineswegs allein. Der jüdische Chemiker Richard Willstätter notierte rückblickend über seine Gespräche mit Freunden und Kollegen an der Universität München:

Die Erbitterung über die Beteiligung von Juden unter den Revolutionären war furchtbar, und sie setzte sich fest. Ihnen schrieb man gern und bequem die Verantwortung zu, zunächst für den Untergang des Königums und dann auch für die Machtergreifung im Reich durch Ebert und Scheidemann, und sogar besonders die Schuld an der Erschöpfung des Heeres ..., somit am tragischen Ausgang des gewaltigen Völkerringens. Einer meiner

Kollegen, Altphilologe und Historiker von großem Namen, urteilte: «Den Juden haben wir die Revolution zu verdanken.»¹¹⁶

1921 konstatierte der liberale Philosoph und Theologe Ernst Troeltsch daher völlig zu Recht, das gebildete Bürgertum habe sich «die Juden als Prügelknaben für alles» erfunden.¹¹⁷

Ein typischer Vertreter dieses professoralen Antisemitismus war der alldeutsche Historiker Dietrich Schäfer, der die jüdische Minorität 1922 als «zersetzendes Element» charakterisierte und zur Begründung auf die hervorragende Rolle von Juden in der Revolution von 1918/19 und in der linksliberalen Presse (*Frankfurter Zeitung*) verwies. Gleichzeitig machte Schäfer aber deutlich, dass er von der «Judenhetze», wie sie in völkischen Kreisen betrieben wurde, wenig hielt. Seiner Meinung nach sollten die Deutschen «den Juden nur gelten lassen, wenn er restlos in deutscher Denkart aufgeht».¹¹⁸ Mit dieser Forderung nach vollständiger Assimilation übernahm Schäfer im Wesentlichen die Position, die sein Lehrer Heinrich von Treitschke vier Jahrzehnte zuvor im Berliner Antisemitismusstreit vertreten hatte.¹¹⁹

In die gleiche Kerbe schlug der Klassische Philologe Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff. Wie viele konservative Hochschullehrer war Wilamowitz überzeugt, dass die «Novembermänner» (so nannte er die Revolutionäre von 1918/19) ebenso «wie die Bolschewiki sich auf jenes glaubenlose, staatlose, gewissenlose Judentum stützten, dessen Presse längst unsere Brunnen vergiftete, und zu ihren Helfern die Ostjuden herbeigerufen haben, die wir weder vertragen noch loswerden können». Gleichwohl grenzte Wilamowitz sich von «einem polternen, zum Rassenhaß ausgearteten Antisemitismus» ab und hob hervor, dass «nicht wenige» Juden «treue Deutsche» und glänzende Wissenschaftler geworden seien. Ziel müsse daher die «Eindeutschung unserer jüdischen Landsleute» sein – eine Aufgabe, die für Wilamowitz «schwierig und nur in Generationen erreichbar war».¹²⁰

Ähnlich argumentierte ein anderer prominenter Vertreter des deutschnationalen Lagers, der Berliner Theologe Reinhold Seeberg. Sein Kampf galt dem «jüdischen Geist», der die «Zersetzung» nationaler Traditionen mit den Mitteln des Rationalismus und des Mate-

rialismus betreibe. Letztlich sei «dieses Judentum der Todfeind jeder wirklichen Kultur und jedes geistigen Fortschritts», behauptete Seeberg 1922. Doch musste auch er einräumen, dass dieser «jüdische Geist» keineswegs bei allen Juden zu finden sei: «Es ist keine Frage, daß wir unter unseren jüdischen Mitbürgern ... eine große Zahl ernster sittlicher Persönlichkeiten haben, welche dem Vaterland nach besten Kräften dienen und weiter zu dienen gewillt sind, welche die nationale Not dieser Zeit innerlich mitempfinden ... Wer hätte ... den Mut, solche Personen und Kreise von sich zu stoßen oder ihr Bemühen geringschätzig als «jüdisch» abzutun!»¹²¹

Selbst ein liberaler Hochschullehrer wie der renommierte Romanist Ernst Robert Curtius, der sich ausdrücklich vom Antisemitismus distanzierte, übernahm diese Sichtweise zumindest teilweise. In seinem vielgelesenen Werk *Deutscher Geist in Gefahr* (1932) betonte Curtius ebenfalls die «Verflechtung des deutschen Judentums mit sozialistischen oder marxistischen oder «submarxistischen» Gesellschaftslehren». Waren doch nach seiner Auffassung «unsere Juden ... zum überwiegenden Teile und in maßgebender Betätigung der Skepsis und der Destruktion zugeschworen ... Dagegen müssen wir uns wehren, weil Destruktion in einer so zerklüfteten Nation wie der deutschen zehnfach gefährlich ist.» In seinem Fazit unterschied Curtius sich dann allerdings deutlich von seinen nationalkonservativen Kollegen: «Wir bekämpfen nicht das Judentum, sondern die Destruktion, nicht eine Rasse, sondern eine Negation.»¹²²

Schäfer, Wilamowitz-Moellendorff und Seeberg verknüpften starke antisemitische Ressentiments mit der Auffassung, dass keineswegs alle Juden dem von ihnen skizzierten Negativbild entsprachen. Dementsprechend schloss professoraler Antisemitismus in der Weimarer Republik kollegiale oder sogar freundschaftliche Beziehungen zu einzelnen Juden keineswegs aus. Das galt selbst für Hochschullehrer, die in späteren Jahren als entschiedene Parteigänger des Nationalsozialismus und als rabiate Antisemiten hervortraten. Der Psychologe Erich Jaensch beispielsweise, der sich seit 1933 als Vertreter antisemitischer Rassentypologien exponierte, beteiligte sich noch 1931 an einer Festschrift für seinen jüdischen Kollegen William Stern.¹²³ Der Jurist Karl

August Eckhardt, der nach 1933 eine zentrale Rolle bei der Nazifizierung der Juristischen Fakultäten spielte, widmete im selben Jahr eines seiner Bücher dem jüdischen Kollegen Max Pappenheim als «Zeichen herzlichster Verehrung».¹²⁴ Hans Heyse, nach 1933 einer der lautstärksten Nazi-Philosophen, war in den 1920er Jahren mit seinem jüdischen Kollegen David Baumgardt befreundet, der ihn als «ruhigen und freundlichen jungen» Wissenschaftler in Erinnerung behielt.¹²⁵ Der Experimentalphysiker Johannes Stark, in der NS-Zeit ein führender Vertreter der antisemitischen «Deutschen Physik», schlug 1928 seinen jüdischen Kollegen Otto Stern für den Physik-Nobelpreis vor.¹²⁶ Starks Freund und Gesinnungsgenosse Philipp Lenard machte 1896 der Schwester seines früheren Chefs, des Physikers Heinrich Hertz, einen Heiratsantrag, der freilich abgelehnt wurde.¹²⁷ Anderenfalls wäre Lenard womöglich nicht als fanatischer Antisemit, sondern als «nichtarisch Versippter» in die Annalen des Dritten Reiches eingegangen.

Die Lage der jüdischen Hochschullehrer während der Weimarer Republik lässt sich also in zwei Befunden zusammenfassen: *Erstens*, Juden waren im Lehrkörper der deutschen Universitäten deutlich überrepräsentiert. *Zweitens*, die Masse der jüdischen Hochschullehrer kam nicht über die Position eines Privatdozenten oder nichtbeamteten außerordentlichen Professors hinaus. Unter den planmäßigen Professoren und insbesondere unter den Ordinarien waren Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaft nur schwach vertreten.¹²⁸

Gute Chancen auf einen Lehrstuhl hatten jüdische Wissenschaftler dann, wenn sie ihre nichtjüdischen Konkurrenten fachlich deutlich übertrafen und zudem politisch und habituell den Erwartungen ihrer nichtjüdischen Kollegen entsprachen. Wer hingegen wie die Göttinger Mathematikerin Emmy Noether nicht nur jüdischer Herkunft war, sondern auch Frau und Sozialistin, konnte zwar auf den Professorentitel hoffen, aber nicht mit einem Lehrstuhl rechnen, selbst wenn es sich wie in ihrem Fall um eine der bedeutendsten Wissenschaftlerinnen des 20. Jahrhunderts handelte.¹²⁹

Im Gegensatz zu den Hochschullehrern jüdischer Religion hatten getaufte Juden deutlich bessere Karrierechancen. Wie aus Tabelle 3

hervorgeht, lag die Ordinarienquote von getauften Hochschullehrern jüdischer Herkunft in Berlin bei 39,9 Prozent, nur knapp unter dem Durchschnitt (41,9 Prozent) und damit sehr viel höher als die Ordinarienquote ihrer jüdischen Kollegen (16,7 Prozent). Offensichtlich spielte der Rassenantisemitismus, der den Lehrkörper der deutschen Universitäten ab 1933 erheblich dezimierte, während der Weimarer Republik unter den Professoren noch keine entscheidende Rolle. Aus der Sicht der mehrheitlich konservativen Professorenschaft war der Entschluss, sich taufen zu lassen, nicht nur die Entscheidung für eine andere Religionsgemeinschaft, sondern auch ein symbolischer Akt, der die Bereitschaft zur Eingliederung in die Mehrheitsgesellschaft verkörperte. Jüdische Wissenschaftler konnten daher, wenn sie sich taufen ließen, ihre Karrierechancen beträchtlich verbessern. Selbst in deutschnationalen Professorenkreisen waren Hochschullehrer jüdischer Herkunft durchaus präsent. Von 1926 bis 1933 leitete sogar ein getaufter Jude, der Berliner Pathologe Otto Lubarsch, den Reichsausschuss deutschnationaler Hochschullehrer.¹³⁰ Seine Person – nach nationalsozialistischen Kriterien war Lubarsch ein «Volljude» – kennzeichnet auf markante Weise den Unterschied zwischen deutschnationaler und nationalsozialistischer Judenfeindschaft.

Die Krise der Universitäten am Ende der Weimarer Republik

Die 1929/30 einsetzende Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftskrise leitete die Endphase der Weimarer Republik ein. Geprägt war sie zum einen von einer rasch steigenden Arbeitslosenquote, die auf ihrem Höhepunkt bei über 40 Prozent lag,¹³¹ zum anderen von einer sozialen Panik auch unter denjenigen, die ihre Arbeit nicht verloren. Politisch waren die Jahre 1930 bis 1932 durch den Übergang von der parlamentarischen Regierungsweise zu einem Präsidialregime gekennzeichnet, in dem der Reichspräsident und seine Berater das eigentliche Machtzentrum der Republik bildeten. Bei den Reichstagswahlen verloren Liberale, Sozialdemokraten und Konservative große Teile ihrer

bisherigen Wählerschaft. Hauptnutznießer dieser Entwicklung war die NSDAP, die bei den Septemberwahlen von 1930 erstmals zur Massenpartei avancierte. Daneben konnte auch die KPD die Zahl ihrer Wähler und Mitglieder deutlich vergrößern.

Das Gefühl, in einer tiefen, scheinbar ausweglosen Krise zu stecken, erfasste die Hochschulen nicht weniger als andere Bereiche der deutschen Gesellschaft: «Die Welt brennt. Wer weiß, ob nach 1 Jahr noch etwas steht von dem, was in unserer Jugend stand», schrieb der renommierte Erziehungswissenschaftler Eduard Spranger im Oktober 1930. «In mir ist alles wie zugeschnürt. Wir sind an einem toten Punkt, wo nur die Explosion hilft – und jeder fürchtet sich vor ihr, weil er den Krieg noch in Erinnerung hat. – Mir kommt es vor, als ob wir träumend am Abgrund stünden.»¹³²

An den Universitäten aktivierte diese Krisenstimmung einen weiteren Radikalisierungsschub nach rechts. Ehemalige Liberale wie Willy Hellpach in Heidelberg, die in den 1920er Jahren die liberaldemokratische DDP unterstützt hatten, äußerten nun Zweifel am Parlamentarismus oder erklärten sogar öffentlich, die parlamentarische Demokratie sei für Deutschland nicht geeignet.¹³³ Ähnliche Entwicklungen lassen sich selbst bei Professoren beobachten, die nach 1933 zu den Opfern nationalsozialistischer Politik gehörten, etwa bei Hans Rothfels.¹³⁴ Einige Hochschullehrer vollzogen innerhalb kurzer Zeit einen radikalen Positionswechsel. Besonders drastisch fiel dieser im Falle des Hamburger Pädagogen Gustav Deuchler aus, der zwischen 1919 und 1931 der liberaldemokratischen DDP angehört hatte und im April 1932 als erster Hamburger Ordinarius der NSDAP beitrat.¹³⁵

Seinem Beispiel folgten vor 1933 nur wenige. Unübersehbar war jedoch, dass nationalsozialistische Begriffe und Deutungsmuster unter dem Eindruck der krisenhaften Lage nun auch von Hochschullehrern übernommen wurden, die nicht der NSDAP angehörten. Wie selbstverständlich sprach beispielsweise der Historiker Fritz Hartung in seiner Rede auf der Reichsgründungsfeier der Berliner Universität im Januar 1932 von den Deutschen als «Volk ohne Raum».¹³⁶ Während Hartung, der keiner politischen Partei angehörte, dieses Schlagwort nur en passant benutzte und auf eine argumentative Erläuterung ver-

zichtete, benannte der deutschnationale Theologe Hermann Wolfgang Beyer einige Monate später die politischen Implikationen dieses Begriffs ohne Umschweife. In einer Rede vor dem Verein für Innere Mission erklärte er im April 1932: «Entweder unser Volk gewinnt wieder Lebensraum oder wir müssen einen guten Teil unseres Volkes verhungern und aussterben lassen ... Wir müssen also – ob wir es wollen oder nicht – den Kampf um neuen Lebensraum für unser Volk wieder aufnehmen.»¹³⁷

Die krisenhafte Situation der deutschen Universitäten zu Beginn der 1930er Jahre lässt sich jedoch nicht ausschließlich als Folge der allgemeinen Staats- und Gesellschaftskrise verstehen, sondern war teilweise Ausdruck struktureller Probleme, die schon vor Beginn der Weltwirtschaftskrise bestanden hatten. Die Krise der Universitäten hatte drei unterschiedliche Aspekte: Sie war erstens finanzieller Natur, zweitens eine Legitimationskrise und drittens eine Krise des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Die *finanzielle Lage* der Hochschulen verschlechterte sich zwischen 1930 und 1933 ganz erheblich. Traditionell setzte sich das Budget der Universitäten aus Zuschüssen des Staates und aus eigenen Einnahmen zusammen. Wichtigste eigene Einnahmequelle waren die Universitätskliniken. Danach folgten mit weitem Abstand die Studiengebühren. Für weitere Einnahmen sorgten – sofern vorhanden – die landwirtschaftlichen Institute und die den Hochschulen zur Verfügung stehenden Stiftungsmittel. Insgesamt betrugen die eigenen Einnahmen der preußischen Universitäten 1931 etwa 26,7 Millionen RM.¹³⁸ Die staatlichen Zuschüsse waren etwa doppelt so hoch (Tabelle 4).

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Universitäten in der Weimarer Republik sind zu Recht mit einer «Achterbahn» verglichen worden.¹³⁹ Nach außerordentlich prekären Nachkriegsjahren, die durch Mittelknappheit, durch Inflation und schließlich durch die Hyperinflation gekennzeichnet waren, verbesserte sich die materielle Lage der Universitäten in den mittleren Jahren der Weimarer Republik deutlich. Innerhalb von sechs Jahren stiegen die Ausgaben des Preußischen Staates für die Universitäten von 44,4 Millionen RM (1924) auf 70,8 Millionen RM (1929). Auf diese Periode relativer Stabilisierung

folgte jedoch 1930 ein erneuter Einbruch, der mit massiven Etatkürzungen verbunden war. 1932 erhielten die Universitäten vom preußischen Staat nur noch 43,2 Millionen RM (Tabelle 4). Das war eine Reduktion der staatlichen Zuwendungen um 40 Prozent innerhalb von drei Jahren. Drastische Kürzungen der Universitätsetats waren auch außerhalb Preußens an der Tagesordnung, beispielsweise in Sachsen und Württemberg.¹⁴⁰

Tabelle 4: Ausgaben des preußischen Staates für die Universitäten, 1914–1933 (in Millionen RM)¹⁴¹

Jahr	Ausgaben	Jahr	Ausgaben
1914	26,8	1928	68,8
1919	22,9	1929	70,8
1924	44,4	1930	58,0
1925	46,1	1931	53,3
1926	49,7	1932	43,2
1927	60,0	1933	42,2

Das hatte für die Universitäten erhebliche Konsequenzen: Während in den mittleren Jahren der Weimarer Republik zahlreiche Neu- oder Umbauprojekte realisiert werden konnten, kam die Bautätigkeit 1931/32 weitgehend zum Erliegen. Selbst dringend notwendige Maßnahmen wie die Modernisierung der Kinderklinik in Leipzig oder der seit Jahren geplante Neubau der ersten Chirurgischen Universitätsklinik in Berlin mussten aufgeschoben werden. In Tübingen wurde der Neubau der Chirurgie im Rohbau gestoppt.¹⁴² Gleichzeitig erfolgten Gebührenerhöhungen und Gehaltskürzungen. In Preußen wurden die Gehälter der Ordinarien zwischen 1930 und 1933 um ein Viertel reduziert. Für einen Sturm der Empörung sorgte 1931 eine preußische Notverordnung, mit der die Emeritierung, ein traditionelles Vorrecht der Professoren, durch die Pensionierung ersetzt werden sollte. Letztlich konnte dieses Vorhaben aber nicht umgesetzt werden, weil der Staatsgerichtshof die neue Regelung für verfassungswidrig erklärte.¹⁴³

Die *Legitimationskrise der Universitäten* war hervorgerufen durch eine vielstimmige Kritik an der «Lebensferne» der Hochschulen sowie

an der zunehmenden Spezialisierung und Aufsplitterung des Wissenschaftsbetriebes.

Für den Orientalisten und Hochschulpolitiker Carl Heinrich Becker lag im Verhältnis der Wissenschaft zum Leben die «eigentliche Krise im Wissenschaftsbegriff». An den Universitäten, so führte Becker 1925 aus, sei die «Lebensabgewandtheit das Glaubensbekenntnis der geisteswissenschaftlichen Mehrheit». Hier habe man «geradezu Angst vor der Beeinflussung durch das Leben und die Praxis». Die Gegenwart sei für viele Geisteswissenschaftler «das an sich Verdächtige, weil hier die reine Erkenntnis nie vor Fehlerquellen sicher ist, weil der Abstand fehlt», konstatierte Becker.¹⁴⁴ Ein charakteristisches Beispiel für diese Einstellung lieferte eine führende geisteswissenschaftliche Fachzeitschrift, die *Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte*, deren Redaktion es grundsätzlich ablehnte, Beiträge über noch lebende deutsche Schriftsteller zu publizieren.¹⁴⁵

Der Philosoph Karl Löwith, damals ein noch weitgehend unbekannter Privatdozent, wurde mit dieser Haltung konfrontiert, als er in Marburg eine Vorlesung über die Frühschriften von Karl Marx anbot. Löwith bat darum, diese Lehrveranstaltung als Vorlesung für «Hörer aller Fakultäten» anzukündigen. Sein Wunsch wurde ihm mit der Begründung verweigert, eine Vorlesung über Marx sei nicht von allgemeinem Interesse. Als Löwith nachfragte, warum Vorlesungen über «Das Leben Mohammeds» oder «Die gotische Plastik in Frankreich» eher von allgemeinem Interesse sein sollten als die philosophischen Frühschriften von Marx, bekam er folgende Antwort: «Allgemeine Vorlesungen wie etwa über das Leben Mohammeds können Sie nicht zum Vergleich heranziehen. Hier handelt es sich um die großen führenden Männer der Weltgeschichte, über die ein abgeschlossenes Urteil vorliegt und die darum auch weite Kreise interessieren und keineswegs bloß die Fachleute oder eine bestimmte Gruppe.» Für Löwith war diese Argumentation ein «Muster» der damaligen akademischen Denkweise: «Eine geschichtliche Kraft muß schon <historisch> geworden sein, d. h. niemanden etwas angehen, um von allgemeinem Interesse zu sein.»¹⁴⁶

Die Debatte über die «Lebensferne» von Universität und Wissen-

schaft zieht sich wie ein roter Faden durch die Reformdiskussion der 1920er und 1930er Jahre. Kritik an einer lebensfernen Wissenschaft kam von liberalen Hochschullehrern wie dem Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen Alfred Weber, von Konservativen wie dem Historiker Gerhard Ritter und nicht zuletzt von den Nationalsozialisten.¹⁴⁷

Nicht minder laut waren die Klagen über eine wachsende Spezialisierung universitärer Wissenschaft. Die rasche Zunahme des verfügbaren Wissens hatte zur Folge, dass die Universitäten zwar immer mehr Detailkenntnisse produzierten und vermittelten, aber immer weniger in der Lage waren, eine umfassende Orientierung zu geben – aus der Sicht Carl Heinrich Beckers eine «verhängnisvolle» Entwicklung:

Unter dem Zusammenwirken von Spezialisten ging das eigentlich Problematische, das Grundsätzliche verloren und damit das Schöpferische. Wir erzogen Ohren-, Nasen- und Hautspezialisten, aber keine Ärzte; die germanistischen, romanistischen und sonstigen Philologen beherrschten virtuos die Lautverschiebungen und zählten alle Hebungen und Senkungen in der Dichtkunst; aber ein lebendiges Bild der Kulturzusammenhänge ihres Fachgebietes besaßen im günstigen Falle die klassischen Philologen.¹⁴⁸

Diese Tendenz zur Spezialisierung trug dazu bei, dass die Öffentlichkeit den Universitäten zunehmend weniger Aufmerksamkeit schenkte.¹⁴⁹ Aus Sicht der Hochschulen war diese Entwicklung höchst problematisch, denn sie unterminierte den Anspruch der Professoren, als geistige Führer der Nation zu wirken. Begriffe wie «Synthese» oder «Ganzheit», die von dem Bemühen zeugten, der Spezialisierung entgegenzutreten, hatten daher in den intellektuellen Diskussionen der Weimarer Republik Hochkonjunktur.¹⁵⁰

In den 1920er Jahren war diese Debatte über die Lebensferne der Wissenschaft, über Spezialisierung und Synthese im Wesentlichen ein akademischer Disput. Das änderte sich Anfang der 1930er Jahre. Denn nun übernahmen die nationalsozialistischen Studierenden diese Kategorien als politische Kampfbegriffe und nutzten sie für eine Fundamentalkritik der «liberalistischen Hochschule». 1932 war in einem Flugblatt des NS-Studentenbundes zu lesen:

Es gab eine Zeit, da waren die deutschen Hochschulen Brennpunkte des geistigen Lebens unseres Volkes, da schleuderte ein Fichte seine aufwühlenden Mahnrufe in die deutsche Nation, da rangen die Geister mit heißem Herzen um die Gestaltung der deutschen Weltanschauung. Und heute? ... Auf den Hochschulen ist die Spezialisierung zum Lebensprinzip erhoben, ihr Geist wird von der quantitativen Einstellung beherrscht. Die Quantität des Wissens bestimmt überwiegend die Examina ... An Stelle des Vollschauens ist das Teilsehen getreten ... Wir fordern von der Wissenschaft qualitative Werte, Erkenntnisse, die in fruchtbarer Beziehung zum Leben, zum Menschen stehen.¹⁵¹

Noch deutlich aggressivere Formulierungen finden sich in einer Broschüre des nationalsozialistischen Studentenführers Andreas Feickert.¹⁵² Die Universität, so lautete der Tenor seiner Vorwürfe, habe zu den Problemen der Gegenwart nichts mehr zu sagen:

Die liberalistische Hochschule stand ohne Verbindung zum Leben, als kalter Hauch über dem Leben. Das Leben kümmerte sich nicht um sie, ... und sie kümmerte sich nicht um das Leben ... Wen interessierten die Bücher und die Probleme anders als wieder die Dozenten? ... Durch die bisherige akademische Ausbildung hat man ja im Grunde genommen alles getan, um den Akademiker im späteren Leben lächerlich zu machen, indem man ihn wirklichkeitsfern, abstrakt, als Mönch beinahe erziehen wollte. Das Ideal des liberalistischen Studenten ist doch letzten Endes der bücherochsende Streber, der das Leben und die Wirklichkeit zu kennen meint, wenn er Bücher über sie kennt.¹⁵³

Der wichtigste Aspekt der universitären Krise war die *prekäre Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses*. Die Zeitgenossen sprachen von «akademischer Berufsnot» und meinten damit die außerordentlich unsicheren Zukunftsaussichten in fast allen akademischen Berufen. Darunter litten insbesondere die Studierenden. Zeitgenössischen Schätzungen zufolge war die Zahl der Hochschulabsolventen in der Endphase der Weimarer Republik etwa zwei- bis dreimal so hoch wie der tatsächliche Bedarf an Akademikern.¹⁵⁴

Zu den von diesem Problem besonders stark betroffenen Gruppen gehörten die habilitierten Nachwuchswissenschaftler. Über einen längeren Zeitraum hinweg hatte sich der Anteil der planmäßigen Professoren im Lehrkörper der deutschen Universitäten relativ kontinuier-

lich verringert, während gleichzeitig die Zahl der Privatdozenten und nichtbeamteten außerordentlichen Professoren erheblich größer geworden war.¹⁵⁵ Zu Beginn der 1930er Jahre bestand die überwiegende Mehrheit des Lehrkörpers aus in ungesicherten Verhältnissen lebenden habilitierten Nachwuchskräften. 1931 standen den 1721 Ordinarien 1364 Privatdozenten und 1301 nichtbeamtete außerordentliche Professoren gegenüber. Mithin kamen auf zwei Ordinarien drei habilitierte Nachwuchswissenschaftler, die darauf hofften, irgendwann einmal ein Ordinariat zu erhalten, obwohl die statistische Wahrscheinlichkeit, dieses Ziel jemals zu erreichen, gering war. Etwas günstiger wird das Bild, wenn man alle beamteten Professoren (Ordinarien und planmäßige Extraordinarien) den nichtbeamteten Hochschul Lehrern (Privatdozenten und nichtbeamtete außerordentliche Professoren) gegenüberstellt.¹⁵⁶ Dann ergibt sich ein Verhältnis von 1943 planmäßigen Professoren zu 2665 habilitierten Wissenschaftlern ohne Lehrstuhl. Auf 100 planmäßige Professoren kamen demnach 137 habilitierte Wissenschaftler, die auf einen Lehrstuhl hofften.¹⁵⁷

Allerdings variierten die Karrierechancen der Nachwuchswissenschaftler je nach Fachrichtung erheblich. Besonders ungünstig war die Lage des Nachwuchses an den Medizinischen Fakultäten. Dort standen 100 beamtete Professoren 265 habilitierten Nachwuchswissenschaftlern ohne Lehrstuhl gegenüber. Ein beträchtlicher Überhang an habilitierten Nichtordinarien bestimmte auch die Situation in den naturwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Fächern. Hier lag das Verhältnis von beamteten und nichtbeamteten Hochschullehrern bei 100 zu 144 (Naturwissenschaften) und 100 zu 102 (Geisteswissenschaften). Ganz anders war die Lage dagegen an den Theologischen und Juristischen Fakultäten. Hier hatte sich schon seit Längerem die Praxis eingebürgert, die Zahl der Habilitationen an den voraussichtlichen Nachwuchsbedarf anzupassen.¹⁵⁸ Bei den Theologen kamen daher auf 100 beamtete Professoren nur 54 nichtbeamtete Hochschullehrer, an den Rechtswissenschaftlichen Fakultäten betrug das Verhältnis 100 zu 40.¹⁵⁹

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass nur der juristische und theologische Nachwuchs zu Beginn der 1930er Jahre relativ gute Aus-

sichten hatte, nach der Habilitation einen Lehrstuhl zu erhalten. In allen anderen Fakultäten waren die Karrierechancen für jüngere Wissenschaftler dagegen ausgesprochen miserabel. Nach Berechnungen, die der Hochschulverband 1931 veröffentlichte, konnte von den Privatdozenten und nichtbeamteten außerordentlichen Professoren der Philosophischen Fakultäten Anfang der 1930er Jahre nur etwa ein Drittel damit rechnen, jemals einen Lehrstuhl zu erhalten, an den Medizinischen Fakultäten war es sogar nur ein Siebtel.¹⁶⁰ Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass nicht alle Nachwuchsärzte mit der Habilitation einen Lehrstuhl anstrebten. Manche Mediziner habilitierten sich hauptsächlich in Erwartung des der Habilitation folgenden Professorstitels, der den Weg in eine Chefarztposition ebnete sollte.¹⁶¹

Jene Wissenschaftler, die trotz der Überfüllung des akademischen Arbeitsmarktes schließlich eine planmäßige Professur erhielten, hatten darauf seit der Habilitation im Schnitt mehr als neun Jahre gewartet. Das durchschnittliche Erstberufungsalter, das 1880 noch unter 35 Jahren gelegen hatte, betrug 1931 schon 41,5 Jahre.¹⁶²

Die extrem schwierige Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses war nicht primär das Ergebnis der Weltwirtschaftskrise, sondern Folge einer längerfristigen Entwicklung. Allerdings verschärfte der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise die bereits bestehenden Probleme, weil die massiven Etatkürzungen, denen die Hochschulen zwischen 1930 und 1933 ausgesetzt waren, die Karrierechancen des wissenschaftlichen Nachwuchses noch zusätzlich minderten. Um den Fiskus zu entlasten, wurde vielfach auf die Wiederbesetzung freierwerdender Lehrstühle verzichtet und gleichzeitig das Emeritierungsalter auf 68 oder sogar 70 Jahre heraufgesetzt.¹⁶³

Es liegt nahe, die Existenzprobleme des wissenschaftlichen Nachwuchses als Ergebnis einer «Überproduktionskrise» zu deuten. Das ist indes nicht wirklich treffend, jedenfalls nicht in dem Sinne, dass die Hochschulen wissenschaftlichen Nachwuchs über den realen Bedarf hinaus ausgebildet hätten. Vielmehr ist die Anzahl der Lehrstühle seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts deutlich hinter der wachsenden Zahl der Studierenden zurückgeblieben. 1920 und 1931 kam an den Uni-

versitäten ein ordentlicher Professor auf 60 Studierende, doppelt so viele wie zu Beginn des Jahrhunderts. Der Blick auf die Hochschullehrer insgesamt bestätigt diesen Trend, wenn auch, aufgrund der überproportionalen Zunahme der Nichtordinarien, weniger deutlich. Die Zahl der Studierenden pro Hochschullehrer stieg von 13 (1900) auf 21 im Jahr 1931 (Tabelle 5). Angesichts dieser Entwicklung fällt es schwer, die kritische Situation der habilitierten Nachwuchswissenschaftler auf dem akademischen Arbeitsmarkt als «Überproduktionskrise» oder «Überfüllungskrise» zu bezeichnen. Vielmehr war die von großen fiskalischen Problemen geplagte Weimarer Republik¹⁶⁴ schlicht außerstande, die Zahl der Lehrstühle an die rapide steigende Zahl der Studierenden anzupassen.

Tabelle 5: Die Relation von Hochschullehrern und Studierenden an den deutschen Universitäten, 1900–1931¹⁶⁵

	1900	1910	1920	1931
Studierende	33 790	53 378	86 624	103 912
Hochschullehrer	2651	3233	3631	4924
Ordinarien (ohne Emeriti)	1119	1236	1447	1721
Studierende pro Hochschullehrer	13	16	24	21
Studierende pro Ordinarius	30	43	60	60

Über die materielle Lage der nichtbeamteten habilitierten Wissenschaftler informieren die regelmäßigen statistischen Erhebungen, die das preußische Kultusministerium in der Weimarer Republik durchführte. Von den 1557 Privatdozenten und außerordentlichen Professoren, die im Sommer 1931 an den preußischen Universitäten lehrten, waren 510 planmäßige oder außerplanmäßige Assistenten. Weitere 435 hatten einen regulären Hauptberuf, beispielsweise als Studienräte, Ärzte oder Lektoren. 259 Privatdozenten oder nichtbeamtete Professoren verfügten über einen besoldeten Lehrauftrag, ein Stipendium oder beides. Schließlich nennt die Statistik eine Gruppe von 248 habilitierten Wissenschaftlern, die ihr laufendes Einkommen aus «sonstiger vergüteter Beschäftigung» bezogen, beispielsweise als wissenschaftliche Hilfsarbeiter. Der preußischen Statistik zufolge waren

nur 105 von 1557 Privatdozenten oder nichtbeamteten Professoren 1931 ohne laufendes Einkommen.¹⁶⁶

In einer materiell ausgeweglosen Lage befanden sich die meisten Nachwuchswissenschaftler also nicht. Zwar ermöglichten die Stipendien, Lehrauftragsvergütungen oder Assistentenstellen in der Regel nur ein bescheidenes Auskommen. Sie reichten jedoch aus, um sicherzustellen, dass die meisten Privatdozenten und nichtbeamteten außerordentlichen Professoren selbst auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise nicht am Hungertuch nagen mussten.

Besser erklären lässt sich die «verzweifelte Stimmung»¹⁶⁷ im wissenschaftlichen Nachwuchs, wenn man auf den soziologischen Begriff der Statusinkonsistenz zurückgreift. Statusinkonsistenz ist dann gegeben, wenn unterschiedliche Bestandteile des sozialen Status einer Person (Einkommen, Beruf, Bildungsniveau etc.) in einem nicht stimmig erscheinenden Verhältnis zueinander stehen. Der Begriff verweist in der hier skizzierten historischen Situation auf eine tiefe Kluft zwischen dem großen Sozialprestige des Hochschullehrerberufes, vor allem wenn er mit dem Professorentitel verbunden war, und dem oft prekären Lebensstandard des Nachwuchses. Im Alltag führte diese Kluft vielfach zu Situationen, die als demütigend empfunden wurden, wie ein Betroffener 1930 in der *Frankfurter Zeitung* anschaulich beschrieb:

Wenn ... in der Schule Geld gesammelt wird für die Beschaffung eines Gegenstandes oder einer Einrichtung, die der ganzen Schule zugute kommt, und sich jeder Schüler wenigstens mit fünfzig Pfennigen an der Sammlung beteiligt, und wenn dann der Sohn eines Professors sich auch nur mit diesem Minimum an der Sammlung beteiligen will, dann sagt ihm der Lehrer: Du kannst doch gut fünf Mark stiften, dein Vater ist doch Professor an der Universität. Wie beschämend für den Vater, wenn er dem Sohn gestehen muss, dass er ihm eigentlich nicht einmal die fünfzig Pfennige zu geben vermag. Der Lehrer ahnt zumeist nicht, dass der Vater des missachteten Schülers auf den Knien danken würde, wenn er eine gesicherte pensionsfähige Stelle und ein festes Gehalt hätte wie der Herr Studienrat.¹⁶⁸

Vielleicht noch wichtiger war die weitverbreitete Empfindung, einen Lebensweg eingeschlagen zu haben, der sich als Sackgasse erwiesen hatte. Der Marburger Privatdozent Erwin Wiskemann hat dieses

Lebensgefühl seiner wissenschaftlichen Generation im Oktober 1932 auf dem Danziger Hochschultag beschrieben:

Wir können ... feststellen, daß selbst dort, wo das Einkommen gesichert ist, oder es jedenfalls für den Moment noch ausreichend ist, daß der Einzelne nicht mehr auszukommen glaubt. Es schwebt über ihm nicht nur die ganze Ungewissheit der allgemeinen Lage, nicht nur das Krisenhafte dieses Generationsumbruchs, sondern in ganz konkreter Weise steht er unter dem Eindruck des Nichtmehrvorwärtkommens. Die Barrieren sind vor ihm irgendwie zu. Bei uns ist es doch heute so, daß zahlreiche Lehrstühle nicht einmal mehr besetzt werden, daß eine Aussicht für den Nichtordinarius nicht mehr vorhanden ist.¹⁶⁹

2. Die nationalsozialistische Machtübernahme an den Universitäten

Politik der Gleichschaltung

Das Wintersemester 1932/33 ging Ende Februar 1933 zu Ende. Fast zur selben Zeit setzte Reichspräsident Hindenburg mit der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat alle wesentlichen Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft und leitete damit die entscheidende Phase der nationalsozialistischen Machtübernahme ein. Anfang Mai, zu Beginn des Sommersemesters, war die politische Landschaft bereits wesentlich verändert. Der Reichstag hatte sich mit dem Ermächtigungsgesetz selbst entmachtet, die Konzentrationslager füllten sich mit den Gegnern der neuen Machthaber, und das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ermöglichte die Entlassung jüdischer und «politisch unzuverlässiger» Hochschullehrer. Im Zuge der Gleichschaltung der Länder waren die Kultusministerien fast überall von altgedienten Nationalsozialisten übernommen worden.¹

An den Universitäten erhielt die Politik der Gleichschaltung ihre spezifische Dynamik aus zwei unterschiedlichen Quellen: zum einen durch die Gesetze, Verordnungen und Erlasse der neuen Kultusminister, zum anderen durch die Aktionen von nationalsozialistischen Studierenden, die versuchten, auf eigene Faust eine nationalsozialistische «Hochschulrevolution» zu inszenieren. An den Hochschulen gab es daher neben der «Machtergreifung von oben» 1933/34 auch eine «Machtergreifung von unten», getragen hauptsächlich von Mitgliedern des NS-Studentenbundes (NSDStB), die sich als Repräsentanten der neuen Zeit fühlten und im Namen der Jugend und des «Führers» die traditionellen Hierarchien ins Wanken brachten. Die daraus resul-

tierenden Auseinandersetzungen zeigten alle Merkmale eines Generationskonflikts.²

Ihren ersten Höhepunkt erreichten die studentischen Aktionen kurz nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933, bei der die Nationalsozialisten und ihre nationalkonservativen Verbündeten zusammen eine knappe absolute Mehrheit erreichten. In den Tagen danach ging der NSDStB dazu über, als erste offensive Machtdemonstration die Hakenkreuzfahne an zahlreichen Universitätsgebäuden zu hissen. Eine Parteifahne über einer Universität widersprach dem Selbstverständnis der deutschen Hochschulen auf eklatante Weise. Die Universitätsleitungen versuchten daher vielfach, die Studierenden an dieser symbolischen Besitznahme zu hindern, waren dabei aber nur selten erfolgreich.

In Göttingen verweigerte der Kurator das Aufziehen der Fahnen. Als die nationalsozialistischen Studenten trotz des Verbots die Fahnen hissten, ließ der Kurator sie wieder einziehen. Darauf reagierte ein SS-Mitglied mit einem Ultimatum: Wenn die Hakenkreuzfahnen nicht innerhalb einer halben Stunde wieder aufgezogen seien, werde man die zuständigen Beamten «wenn nötig unter Gewalt» dazu zwingen. Angesichts dieser Drohung gab die Universität schließlich nach.³ In Köln marschierte am 8. März 1933 eine Abordnung von etwa hundert Nazis vor der Universität auf und hisste die Fahne der NSDAP, ohne sich auf Verhandlungen einzulassen. In einer Aktennotiz der Universitätsleitung hieß es lakonisch: «Der Abordnung wurde auf Anordnung des Rektors ... erklärt, daß der Rektor gegen die Hissung der Fahne Protest einlege, sich aber der Gewalt füge.»⁴ In Heidelberg verbot Rektor Willy Andreas das Hissen der Fahne am 6. März 1933 noch mit dem Argument, er könne die Beflaggung als auf die Verfassung vereidigter Beamter nur gestatten, wenn eine entsprechende Verordnung des Ministeriums vorliege. Drei Tage später zählte dieses Argument nicht mehr. Ohnmächtig musste der Rektor zusehen, wie sich eine große Menge enthusiastischer Nationalsozialisten vor der Universität versammelte und Hakenkreuzfahnen auf den Universitätsgebäuden aufzog. Ähnliche Konflikte vollzogen sich auch anderswo. Mancherorts – etwa in Frankfurt – fügten sich die Universitätsleitun-

gen von vornherein in das Unvermeidliche und verzichteten auf Widerspruch. Letztlich konnten die Nationalsozialisten sich im Streit um die Beflaggung der Hochschulen offenbar überall durchsetzen. Die Kraftprobe endete am 12. März mit einem Erlass des Reichspräsidenten, dass staatliche Gebäude in Zukunft sowohl mit der schwarz-weiß-roten Fahne des Kaiserreichs als auch mit der Hakenkreuzfahne zu beflaggen seien.⁵

Selbstverständlich fühlten sich die nationalsozialistischen Studenten auch berufen, an der «Säuberung» der Universitäten mitzuwirken. In einem Rundschreiben, von der Presse als «Spionageerlass» betitelt, forderte der nationalsozialistische Reichsführer der Deutschen Studentenschaft Gerhard Krüger dazu auf, Informationen über jüdische, kommunistische, liberale und pazifistische Professoren zusammenzutragen und einen «wirksamen Boykott» gegen unerwünschte Hochschullehrer zu organisieren, «deren Entfernung aus dem Amt durch den Staat nicht sofort möglich ist».⁶ Der Boykott sollte sich gezielt gegen einzelne herausragende Vertreter des «liberalen Systems» richten: «Wenn die Großen wirklich getroffen werden, so fallen die Kleinen rings von selbst mit.»⁷

An vielen Universitäten riefen die Studentenfürher daraufhin zum Boykott bestimmter Professoren auf. Breitbeinig postierten sich Studenten in SA-Uniform vor den Hörsälen und sorgten für den Abbruch der Vorlesungen. Viele betroffene Hochschullehrer resignierten und beantragten ihre Versetzung in den Ruhestand. Andere hielten dem Druck stand und versuchten, ihre Lehrveranstaltungen trotz des Boykotts fortzusetzen. Zu den Letzteren gehörte der Berliner Jurist Martin Wolff. Wolff war bis 1933 der populärste Dozent der Juristischen Fakultät Berlin gewesen⁸ und konnte zu Recht darauf vertrauen, dass ein Teil seiner Hörer weiter zu ihm halten würde. Die nationalsozialistischen Studierenden reagierten mit Vorlesungsstörungen und wüsten antisemitischen Beschimpfungen. Über Wolffs erste Vorlesung im Sommersemester 1933 berichtete sein Assistent Robert Krawielicki in einem Brief:

Es war entsetzlich, Wolff hatte heute sein erstes Kolleg, und die Schamröte steigt mir ins Gesicht, wenn ich an das zurückdenke. Es ist mir völlig ungreiflich, und selbst mit Psychose und Verhetzung nicht zu erklären ... Von der Mehrzahl der Hörer wurde er stürmisch begrüßt, die anderen lärmten und schreien. Auf der Tafel steht: Hört nicht bei Juden, boykottiert die Juden. Und als Wolff zum Schluß den Hörsaal verläßt, muß er durch eine Reihe von SA-Leuten Spießruten laufen, die ihm Pfuirufe ins Gesicht schreien, und «Jude verrecke».⁹

Trotz solcher Demütigungen gab Wolff nicht auf und setzte mit Unterstützung des Rektors und eines Teils der Studierenden seine Vorlesungen fort. Letztlich konnte er seine Vertreibung von der Berliner Universität aber nur hinauszögern. Im Juli 1935 wurde Wolff emeritiert. 1938 emigrierte er nach Großbritannien.¹⁰

Die Boykottaktionen, die in den Jahren 1934/35 fortgesetzt wurden, trafen in der Regel jüdische und «nichtarische» Hochschullehrer, die aufgrund der Ausnahmeregelungen des Berufsbeamtengesetzes von 1933 zunächst von der Entlassung verschont geblieben waren. An einigen Universitäten richtete sich der studentische Zorn aber auch gegen «arische» Professoren, wenn ihre Lehrveranstaltungen nicht regimiekonform waren. In Tübingen kam es in der Vorlesung des katholischen Theologen Karl Adam zu tumultartigen Szenen. Nationalsozialistische Studenten warfen Adam vor, judenfreundliche Äußerungen getätigt zu haben, und beschimpften ihn als «schwarzes Mistvieh». Adam erhielt daraufhin ein Lehrverbot, das allerdings schon nach wenigen Tagen wieder aufgehoben wurde. Ähnlich erging es dem Tübinger Juristen Felix Genzmer, der in seiner Vorlesung kritische Bemerkungen zur NS-Ideologie gemacht hatte.¹¹

An einer Reihe von Hochschulen kam es auch außerhalb der Lehrveranstaltungen zu Aktionen gegen einzelne Hochschullehrer. In Frankfurt wurde der Physiologe Gustav Embden von nationalsozialistischen Studenten aus seinem Institut gezerrt und musste sich mit dem Schild «Ich bin ein Jude» durch die Stadt führen lassen.¹² Andere Studierende brachen in das Haus des Physikers Friedrich Dessauer ein, der ihnen als Zentrumspolitiker jüdischer Abstammung verhasst war. Das Inventar des Hauses wurde geplündert oder mutwillig zerstört.¹³ In Münster erschienen zwei SA-Leute im Pharmakologischen Univer-

sitätsinstitut und untersagten dem jüdischen Institutsdirektor Hermann Freund «die weitere Ausübung seiner dienstlichen Tätigkeit». ¹⁴ In Kiel drangen drei SA-Männer in die Wohnung des Astronomen Hans Rosenberg ein und teilten ihm mit, dass «er sich bis auf weiteres als vom Amt suspendiert zu betrachten habe». ¹⁵

Studentische Übergriffe dieses Typs sprachen sich in der Universität zwar schnell herum, blieben einer größeren Öffentlichkeit aber weitgehend unbekannt. Für internationales Aufsehen sorgte dagegen die «Aktion wider den undeutschen Geist», die im April 1933 mit der Veröffentlichung eines Plakats startete, das in zwölf Punkten zum Kampf gegen die Juden aufrief. ¹⁶ Ihren Höhepunkt erreichte diese Kampagne einen Monat später mit den Bücherverbrennungen. In 19 deutschen Universitätsstädten ¹⁷ wurden unter den Augen zahlreicher Zuschauer die Werke jüdischer, marxistischer oder pazifistischer Autoren verbrannt. Die größte Aufmerksamkeit erhielt die Berliner Bücherverbrennung, die am 10. Mai auf dem Berliner Opernplatz stattfand. Als Hauptredner trat Propagandaminister Joseph Goebbels auf, der den Zuschauern verkündete, das «Zeitalter eines überspitzten jüdischen Intellektualismus» sei nunmehr zu Ende. Organisator dieser Kundgebungen war jedoch, im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Legende, nicht das von Goebbels geleitete Propagandaministerium, sondern die seit 1931 von Nationalsozialisten geführte Deutsche Studentenschaft.

In vier Universitätsstädten exponierten sich auch Hochschullehrer als Redner bei den Bücherverbrennungen: die Germanisten Hans Naumann (Bonn) und Gerhard Fricke (Göttingen), der Philosophieprofessor Ferdinand Weinhandl (Kiel), der Kunsthistoriker Eugen Lütghen (Bonn) und der evangelische Theologe Karl Bornhausen (Breslau). ¹⁸ Demgegenüber waren die Rektoren in der Regel bemüht, den studentischen Radikalismus zu entschärfen. Ihr Ärger richtete sich vornehmlich gegen den Plan der Studentenfunktionäre, an allen Hochschulen «Schandpfähle» zu errichten, um «undeutsche» Schriften anzuprangern («heute für Schriftsteller, morgen für Professoren»). Da das preußische Kultusministerium in dieser Frage den Standpunkt der Rektoren teilte, kam es letztlich nur in wenigen Universitätsstäd-

ten (Erlangen, Königsberg, Münster, Rostock) zur Aufstellung von «Schandpfählen».¹⁹

Auch in den folgenden Wochen und Monaten profilierten sich die nationalsozialistischen Studierenden als die entscheidende Kraft bei der Nazifizierung der Universitäten. Manche Professoren hatten das Gefühl, die nationalsozialistischen Studentenfunktionäre seien zum eigentlichen Machtzentrum der Hochschulen avanciert. «Was ist aus der stolzen Heidelberger Universität geworden», klagte der Historiker Otto Brandt 1934 einem Berliner Kollegen. «Nicht der Rektor, sondern ein wilder Studentenführer regiert, in dessen Vorzimmer Professoren über eine Stunde geduldig warten, bis sie gnädigst vorgelassen werden.»²⁰

Einige Studentenführer hatten sich tatsächlich in einen veritablen Machtrausch hineingesteigert. So verkündete der Leipziger Hochschulgruppenführer des NSDStB, Eduard Klemt, im Juni 1933: «Wir sehen uns mit genau derselben Frechheit, wie einst als SA-Leute auf der Straße, heute im Hörsaal um und entscheiden, ob ein Professor bleiben kann oder nicht. Kriterium wird sein: Jener Mann kann nicht mehr Professor sein, weil er uns nicht mehr versteht ... Wir Jungen haben die Hochschule in der Hand und können daraus machen, was wir wollen».²¹

Sichtbarster Ausdruck dieses neuen Selbstbewusstseins war die scharfe öffentliche Kritik der Studentenfunktionäre an der Zurückhaltung, welche die meisten Professoren vor 1933 gegenüber dem Nationalsozialismus an den Tag gelegt hatten. Die Wissenschaft habe «kein Ohr mehr für den brausenden Strom des Lebens» gehabt, erklärte der Bundesführer des NSDStB, Gerd Rühle. Der Sieg der nationalsozialistischen Revolution sei daher «mit wenigen Ausnahmen ohne Verdienst der Hochschullehrerschaft, mitunter sogar in schroffem Gegensatz zu ihr erfochten worden».²² Auch konservative Hochschullehrer, welche die «nationale Erhebung» vielfach begrüßt hatten, wurden vom NSDStB nicht als Bündnispartner betrachtet, sondern als «Reaktionäre» abgelehnt. Eine stark nationalkonservativ ausgerichtete Universität wie Tübingen war für den Studentenführer Martin Sandberger «eine der reaktionärsten in ganz Deutschland».²³ Bald

machte das Schimpfwort vom «verkalkten Professor» die Runde und wurde bis «zum Überdruß verbreitet», wie der Mathematiker Heinrich Behnke in seinen Memoiren berichtet.²⁴

Die nationalistischen Professoren nahmen derartige Äußerungen als massive Herausforderung professoraler Autorität wahr. Als solche waren die studentischen Attacken offensichtlich auch gemeint, wie der Reichsführer der Deutschen Studentenschaft, Andreas Feickert, 1934 klarstellte:

Es wird heute viel davon gesprochen, daß die Studentenschaft kein Autoritätsgefühl mehr habe, daß sie sich anmaße, zum Teil gleichberechtigt neben den Dozenten zu stehen. Sie hat Autoritätsgefühl, sie beweist es ja in SA und Arbeitsdienst, wo sie gehorcht ... Aber sie kann sich in dieser Zeit um die veraltete Autorität veralteter Professoren nicht kümmern.²⁵

Die nationalsozialistische Presse und führende Politiker der NSDAP nahmen Vorwürfe dieser Art gern auf. Als der neue preußische Kultusminister Bernhard Rust im Mai 1933 erstmals vor die Berliner Universität trat, machte er sich die Kritik der studentischen Aktivisten ausdrücklich zu eigen:

Meine Herren Professoren, begreifen Sie das Geschehen dieser Jahre! Es ist die Jugend selbst gewesen, die hier politisch vorangegangen ist ... Meine Herren Professoren, in diesen Jahren, wo dieser undeutsche Staat und seine undeutsche Führung der deutschen Jugend den Weg verlegten, da haben Sie in professoraler Einsamkeit und in Hingebung an Ihre große Forschungsarbeit übersehen, daß die Jugend in Ihnen den Führer der Zukunft der deutschen Nation suchte. Die Jugend marschierte, aber, meine Herren, Sie waren nicht vorn ... Ich fühle die ganze Verantwortung vor der Zukunft der deutschen Hochschule im besonderen, wenn ich Ihnen ein Wort sage, das Sie recht verstehen wollen, so wie es gemeint ist: Es verlieren nicht nur Könige ihre Krone, es verlieren ganze Generationen das Recht der Erstgeburt, wenn sie vor den großen Problemen der Nation nicht bestehen.²⁶

Die selbstbewusste Aggressivität des NSDStB provozierte an einer Reihe von Hochschulen heftige Konflikte mit der Universitätsleitung. Rektoren, die den Nationalsozialisten offen entgegentraten, mussten sich in der Regel auf eine kurze Amtszeit einrichten. Das galt in verstärktem Maße für jene Rektoren, die zu den Anhängern der Weima-

rer Republik zählten. Der letzte frei gewählte Rektor der Universität Freiburg, der Anatom Wilhelm von Möllendorff, ein Mitglied der liberaldemokratischen DDP, der sein Amt am 15. April 1933 antrat, war sofort massiven Angriffen der nationalsozialistischen Presse ausgesetzt und entschloss sich schon fünf Tage später zum Rücktritt vom Rektorat. Seine Nachfolge übernahm Martin Heidegger.²⁷

In Kiel konfrontierten die studentischen Aktivisten im Februar 1933 den Rektor August Skalweit, einen Nationalökonom, mit einer politischen Wunschliste. Gefordert wurde unter anderem das Verbot der kommunistischen Studentengruppe, die Einrichtung eines Lehrstuhls für Kriegsgeschichte und Wehrpolitik sowie die Möglichkeit, universitäre Räume für eigene Veranstaltungen nutzen zu können. Skalweit, der sich einige Wochen vorher auf einer Rektorenkonferenz für «rücksichtslose Schärfe» gegenüber den «unruhigen Elementen» in der Studentenschaft ausgesprochen hatte,²⁸ reagierte ablehnend. Ein Gespräch mit Vertretern der Nationalsozialisten beendete er schon nach wenigen Minuten. Daraufhin wurden im Rektorat die Scheiben seines Amtszimmers eingeworfen. Es folgten Stinkbomben, die Öffnung von Hydranten, Demonstrationen, Protestversammlungen, Schlägereien und Polizeieinsätze. Als die Studierenden einen zweitägigen Proteststreik ankündigten, schlossen Rektor und Senat die Universität für drei Tage. Nach weiteren Verhandlungen, bei denen die Universitätsleitung Zugeständnisse machen musste, legte Skalweit am 5. März 1933 sein Amt als Rektor nieder. Die Studierenden rächten sich, indem sie seinen Namen öffentlich auf eine Liste «untragbarer» Professoren setzten. Skalweits Nachfolger wurde der Theologe und Historiker Otto Scheel. Scheel hatte vor 1933 als Gegner des Nationalsozialismus gegolten, vermied nun aber alles, was den Zorn der Nazi-Studenten hätte erregen können. Rückblickend urteilte sein Vorgänger, Scheel sei «wie weiches Wachs» in den Händen der Nationalsozialisten gewesen.²⁹

In Berlin geriet Rektor Eduard Kohlrausch mit dem NSDStB in Konflikt, weil er sich im Vorfeld der Bücherverbrennung weigerte, das antisemitische Plakat «Wider den undeutschen Geist!» in den Räumen der Universität zu tolerieren. Kohlrausch beanstandete insbeson-

dere die These 5 («Der Jude kann nur jüdisch denken. Schreibt er deutsch, dann lügt er») und die These 7: «Wir fordern ... von der Zensur: Jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache. Erscheinen sie in Deutsch, sind sie als Übersetzung zu kennzeichnen.»³⁰ Obwohl Kohlrausch den Antisemitismus keineswegs grundsätzlich ablehnte, war er nicht bereit, solche «Entgleisungen» zu tolerieren. Die Berliner NS-Studenten reagierten mit einer Presseerklärung, in der sie die Entfernung des Plakats, «das von der Berliner Studentenschaft gesichert worden» sei, ablehnten und deutlich machten, dass sie den baldigen Rücktritt Kohlrauschs vom Rektorat erwarteten.³¹ Zu einem weiteren Konflikt kam es Anfang Mai 1933, als Kohlrausch seinem jüdischen Kollegen Martin Wolff zu Hilfe eilte, der zur Zielscheibe aggressiver studentischer Boykottaktionen geworden war. Nachdem Kohlrausch auf diese Weise seine Bereitschaft gezeigt hatte, den Übergriffen der Studierenden entgegenzutreten, plädierten beträchtliche Teile des Senats und des Lehrkörpers für seine Wiederwahl als Rektor. Doch Kohlrausch lehnte ab und schied noch im Mai 1933 aus dem Amt. Zur Begründung teilte er dem Prorektor mit: «Selbst wenn ich das Vertrauen der Kollegen habe. Aber ich habe das Vertrauen der ›Studentenschaft‹ nicht. So bin ich für die Universität eine untragbare Belastung. Meine Wahl würde als Provokation empfunden und wäre nur Auftakt zu Konflikten und Unruhen.»³² Innerhalb weniger Monate waren der NSDStB und die von ihm kontrollierten «Studentenschaften» vom Unruhestifter am Rande des Geschehens zu einem hochschulpolitischen Machtzentrum mutiert, ohne dessen «Vertrauen» der Rektor der größten deutschen Universität keine Chance mehr sah, sein Amt erfolgreich auszuüben. Kohlrauschs Nachfolger im Rektorat, Eugen Fischer, ein Anthropologe, der versprach, sich «rückhaltlos» für «die nationalsozialistische Sache» einzusetzen,³³ hatte diese Probleme nicht.

An der Ablehnung des NSDStB scheiterte auch der nationalkonservative Rektor Hermann Stieve in Halle. Stieve war Anfang Mai 1933 gegen das dezidierte Votum der nationalsozialistischen Studentenführer mit großer Mehrheit zum Rektor gewählt worden. Der Anatom war jahrelang Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP)

und des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten gewesen. Aber er hatte – was ihm der NSDStB übelnahm – vor der Reichspräsidentenwahl von 1932 nicht für Hitler, sondern für Hindenburg geworben. Zudem trat Stieve noch 1933 öffentlich für die Unabhängigkeit wissenschaftlicher Forschung vom Staat ein³⁴ und schreckte vor Konflikten mit den nationalsozialistischen Studierenden nicht zurück. Als drei führende Funktionäre des NSDStB Halle ihre neu gewonnene Machtposition nutzten, indem sie sich selbst Stipendien verschafften, versuchte Stieve erfolglos, ein Disziplinarverfahren gegen die drei Selbstversorger einzuleiten. Im Gegenzug erklärten die Studentenführer, die sich «schwer beleidigt» fühlten, man werde mit dem Rektor bis zur Beilegung des Konflikts nicht mehr verhandeln. Daraufhin verzichtete Stieve auf eine erneute Kandidatur für das Rektorat.³⁵

Es wäre zu einfach, solche Auseinandersetzungen nur als Konflikt zwischen Studierenden und dem Lehrkörper zu sehen. Denn an vielen Hochschulen arbeiteten die nationalsozialistischen Studierenden eng mit sympathisierenden Hochschullehrern zusammen. In Hamburg war der NSDStB schon seit 1931 im Kontakt mit dem Historiker Adolf Rein, der sich Anfang 1933 mit einer Broschüre über die «Idee der politischen Universität» als Vordenker der neuen Zeit profilieren konnte.³⁶ An der Universität Leipzig gehörte dem 1933 gebildeten Nationalen Ausschuss für die Erneuerung der Universität neben zwei Studentenfunktionären auch der Extraordinarius Georg Gerullis an, ein Baltendeutscher. Als Vertrauensdozent des Leipziger NSDStB profilierte sich außerdem der Agrarwissenschaftler Arthur Golf.³⁷ In Halle fand der studentische Zentralausschuss zur Durchführung der nationalen Revolution mit dem Prähistoriker Hans Hahne und dem Internisten Heinz Kürten ebenfalls zwei Berater aus dem Lehrkörper der Universität.³⁸ An der Universität Tübingen konnten die nationalsozialistischen Studentenführer auf die Unterstützung des Volkskundlers Gustav Bebermeyer zurückgreifen.³⁹ In Rostock arbeiteten vor allem der Hygieniker Hans Reiter und der Chemiker Franz Bachér mit den nationalsozialistischen Studierenden an der Nazifizierung der Universität.⁴⁰ Für sie alle war die nationalsozialistische Machtübernahme der Beginn einer steilen Karriere. Mit Ausnahme von Golf, der

schon in der Weimarer Republik zum Ordinarius ernannt worden war, und Reiter, der im Juli 1933 die Leitung des Reichsgesundheitsamtes übernahm, erhielten alle 1933/34 ordentliche Professuren. Rein, Gerullis, Golf und Hahne wurden zu Rektoren ihrer Universitäten ernannt. Für Bebermeyer wurde im April 1933 das Amt des «Kommissars der Universität Tübingen mit besonderen Vollmachten» geschaffen.⁴¹ Bachér übernahm 1935 die Leitung der Hochschulabteilung im neu gegründeten Reichserziehungsministerium (REM).⁴²

Ein weiteres Charakteristikum jener Zeit waren die zahlreichen Denunziationen, von denen auch die Hochschulen nicht verschont blieben.⁴³ Viele von ihnen lassen sich ebenfalls als eine Extremform des Generationenkonflikts verstehen. Denn im Regelfall waren es Assistenten, die ihre eigenen Chefs denunzierten, sei es aus ideologischem Fanatismus, sei es, weil sie sich schlecht behandelt fühlten oder weil sie auf den Lehrstuhl des Denunzierten hofften. In Bonn wurde der deutschnationale Dermatologe Erich Hoffmann von drei Mitarbeitern zu Fall gebracht, die sorgfältig «judenfreundliche» und regimekritische Äußerungen ihres Chefs protokolliert hatten («dass sich doch kein Jude findet, der den Hitler mal abknallt»). Resultat ihrer Denunziation war zunächst die Beurlaubung, dann die vorzeitige Emeritierung Hoffmanns.⁴⁴ Am Geologischen Institut der Universität Hamburg intrigierte der Assistent Rudolf Heinz gegen den Institutsleiter Roland Brinkmann, den er als Sozialdemokraten von ausgeprägt jüdischer Geisteshaltung charakterisierte. Nach längerem Kesseltreiben wurde Brinkmann 1937 aus der NSDAP ausgeschlossen und wenig später in den Ruhestand versetzt. Sein Verfolger erhielt im selben Jahr einen Lehrstuhl in Leipzig und avancierte während des Krieges zum Gaudozentenführer in Sachsen.⁴⁵ Am Zoologischen Institut der Universität Münster hetzte der habilitierte Assistent Heinrich Jakob Feuerborn die Studierenden gegen seinen Vorgesetzten Leopold von Ubisch auf, der ihm einst bei der Besetzung des Lehrstuhls vorgezogen worden war. Da Ubisch von den Nationalsozialisten als «Halbjude» kategorisiert wurde, war der Erfolg der Kampagne vorhersehbar. Ubisch, als «Frontkämpfer» des Ersten Weltkriegs eigentlich durch die Ausnahmeklauseln des Berufsbeamtengesetzes geschützt, gab

schließlich auf und emigrierte nach Norwegen. Feuerborns Hoffnung, den freigewordenen Lehrstuhl übernehmen zu können, erfüllte sich jedoch nicht.⁴⁶

Nicht immer hatten die von den Denunzianten erhobenen Vorwürfe politischen Charakter. Im Falle des Greifswalder Geographen Gustav Braun standen angebliche Devisenvergehen und eine unkorrekte Abrechnung von Vorlesungsgebühren im Zentrum der Kritik, die nicht nur von Assistenten, sondern auch von Studierenden vorgebracht wurde. Braun, ein autokratischer Ordinarius alter Schule, kam aufgrund dieser Vorwürfe in Untersuchungshaft und wurde im Oktober 1933 in den Ruhestand versetzt. Sein späterer Freispruch durch das Reichsgericht im Dezember 1934 änderte daran nichts mehr.⁴⁷ Tragisch endete die Denunziation des Pathologen Walter Gross in Münster, der von seinen nationalsozialistischen Assistenten durch Drohungen und Vorwürfe – Anlass waren angebliche Unterschlagungen seiner Sekretärin – in den Tod getrieben wurde. Aus Angst, die Kritik seiner Assistenten könnte ihn ins Konzentrationslager bringen, vergiftete Gross sich im September 1933 mit Zyankali. «Ich sehe keinen Ausweg gegenüber dem unerbittlichen Fanatismus dieser jungen Leute; und ich kann nicht leben von der Gnade solcher Menschen», hieß es in seinem Abschiedsbrief.⁴⁸ Der Terror des NSDStB, der damit verbundene Verlust an Rechtssicherheit, die sich häufenden Denunziationen und die schon im April einsetzenden Beurlaubungen unerwünschter Hochschullehrer⁴⁹ schufen ein Klima der Einschüchterung, das sich im Frühjahr 1933 nicht nur an den Universitäten, sondern in der deutschen Gesellschaft insgesamt ausbreitete. Unter dem Eindruck solcher Entwicklungen vollzog sich an den Hochschulen ein atmosphärischer Wandel. Ein offenes Gespräch im größeren Kreis über politische und hochschulpolitische Fragen war für diejenigen, die dem Regime mit Kritik, Vorbehalten oder Ablehnung gegenüberstanden, nicht mehr möglich. Über die veränderten «Beziehungen der Menschen untereinander» berichtete der Mathematiker Heinrich Behnke in seinen Memoiren: «Viele gingen auf Distanz ihren bisher freundschaftlich gesonnenen Kollegen und Nachbarn gegenüber. Man konnte ja nicht wissen, wie man durch den Umgang mit anderen Men-

schen belastet würde! ... Die großen Scharen von Überläufern mussten sich bewähren, und sie taten es, indem sie alle ihnen unzuverlässig erscheinenden Personen unentwegt beobachteten.»⁵⁰

Zur «Gleichschaltung der Hochschulen mit dem Willen der Regierung» ordnete der kommissarische Kultusminister Preußens, Bernhard Rust, am 21. April die Neuwahl von Rektoren und Dekanen «sofort nach Semesterbeginn» an.⁵¹ Die Kultusministerien der anderen Länder folgten dieser Initiative. Von freien Wahlen lässt sich nur noch bedingt sprechen. Zum einen ließ Rusts Runderlass keine Zweifel daran, dass der Minister die Wahl von Rektoren erwartete, die der neuen Regierung zumindest nahestanden, zum anderen wurde an einigen Universitäten erheblicher Druck auf die Wahlgremien ausgeübt, sich für bestimmte Kandidaten zu entscheiden, so unter anderem in Münster, Marburg und Hamburg.⁵² Unter den neuen Rektoren befanden sich Konservative wie der Nationalökonom Dietrich Preyer (Königsberg) oder die Juristen Eberhard Schmidt (Hamburg) und Walther Merk (Marburg). An einigen Hochschulen gelangten nun aber erstmals prononcierte Anhänger des Nationalsozialismus in das Rektorat, unter ihnen Ernst Kriek (Frankfurt), Karl Lothar Wolf (Kiel) und Martin Heidegger (Freiburg).⁵³

Einen gewissen Abschluss des Gleichschaltungsprozesses markierten die neuen Universitätsverfassungen, die zwischen August 1933 (Baden) und Januar 1934 (Hamburg) in Kraft traten.⁵⁴ Kernpunkt der neuen Verfassungen war die Einführung des «Führerprinzips», das den Rektor zum Führer der Universität und die Dekane zu Führern der Fakultäten erklärte. Abstimmungen und andere Gepflogenheiten, die an demokratische Strukturen erinnerten, waren fortan verpönt. In der Praxis stellte sich bald heraus, dass die realen Machtstrukturen weit vielschichtiger waren, als die offiziellen Texte vermuten lassen. Dennoch markierten die neuen Universitätsverfassungen eine hochschulpolitische Zäsur. Indem sie vor allem das Amt des Rektors stärkten, der fortan vom Ministerium ernannt wurde, bewirkten die neuen Regelungen eine Verlagerung der Kompetenzen von den Hochschulen zur Ministerialbürokratie und damit einen beträchtlichen Verlust an universitärer Autonomie.

Die Position des Hochschulverbandes

Wenn es eine Organisation gab, die 1933 den Anspruch erheben konnte, im Namen der deutschen Hochschullehrer zu sprechen, dann war dies der 1920 gegründete Verband der Deutschen Hochschulen. Obwohl der Verband de facto eine Interessenvertretung von Hochschullehrern war, definierte er sich offiziell als korporativer Zusammenschluss von Hochschulen. Neben den Universitäten und Technischen Hochschulen umfasste er die Forstwirtschaftlichen, Landwirtschaftlichen und Tierärztlichen Hochschulen, außerdem die Bergakademien und (seit 1932) die Handelshochschulen.⁵⁵ Oberstes Entscheidungsorgan des Verbandes waren die in der Regel alle zwei Jahre stattfindenden Hochschultage. Den Schwerpunkt der Verbandsaktivitäten bildete die Vertretung professioneller Interessen, etwa der Kampf gegen die Abschaffung der Emeritierung, die am Ende der Weimarer Republik zur Debatte gestanden hatte. Der Verband erhob seine Stimme aber auch, wenn es darum ging, «nationale Interessen» zu verteidigen. Dazu gehörte insbesondere die scharfe Kritik am Versailler Vertrag und an der «Kriegsschuldfrage».

Zum Grundbestand der hochschulpolitischen Überzeugungen gehörte die Ablehnung parteipolitischer Eingriffe in das Innenleben der Universitäten. Der Verbandsvorsitzende Fritz Tillmann, ein katholischer Theologe, hatte diese Position im Oktober 1932 auf dem Danziger Hochschultag noch einmal bekräftigt:

Man hört heute wieder das Wort, daß die Reform der deutschen Hochschulen unter den Primat des Politischen gestellt werden müsse. Ich will nicht verkennen, daß diese Formel einen guten und gesunden Sinn haben kann. Aber unsere große Sorge ist ..., daß unter dem Politischen zumeist das Parteipolitische verstanden wird. Und dagegen werden wir uns, um der Hochschule und der Wissenschaft willen, mit unserer letzten Kraft wehren. Die deutsche Hochschule empfängt ihre Lebensform und die Gesetze ihrer Lebensführung aus der Idee der Forschung und der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, nicht aber aus dem Machtwillen und dem Machtstreben irgendeiner Partei.⁵⁶

Solche Aussagen richteten sich am Ende der Weimarer Republik auch gegen hochschulpolitische Maßnahmen der NSDAP. Im Braunschweiger Hochschulkonflikt von 1931/32 reagierte der Hochschulverband mit einer Eingabe an den Reichspräsidenten, in der Hindenburg gebeten wurde, aufgrund der Artikel 15 und 48 der Reichsverfassung gegen die Eingriffe des NSDAP-Ministers in die Selbstverwaltung der Hochschule vorzugehen.⁵⁷

Die Frage, wie die Universitäten auf das aggressive Auftreten des NSDStB reagieren sollten, gehörte in der Endphase der Weimarer Republik zu den Kernfragen, mit denen sich der Hochschulverband auseinandersetzen musste. Um diese Frage entwickelte sich eine kontroverse Debatte auf dem Danziger Hochschultag im Oktober 1932.⁵⁸ Der Vorstand des Hochschulverbandes hatte eine Resolution vorbereitet, deren zentrale Passagen unmissverständlich an die Adresse des NSDStB gerichtet waren: «Parteipolitische Zersetzung, unverantwortliches Reden und Kritisieren, krampfhaftes Hoffen auf Unerreichbares zerwühlen den Körper des deutschen Volkes und gefährden die Universitäten». Eine Verabschiedung des Entwurfs scheiterte jedoch am Widerspruch des Berliner Erziehungswissenschaftlers Eduard Spranger. Spranger argumentierte, eine Erklärung gegen den Nationalsozialismus widerspreche «unserer immer wieder betonten unpolitischen Haltung». Zugleich forderte er seine Kollegen auf, mehr Verständnis zu zeigen für die «ungeheure Ursprünglichkeit» der nationalsozialistischen Studentenbewegung, obwohl auch er die «rüde Form», in der diese Bewegung daherkam, ausdrücklich bedauerte.⁵⁹ Andere Redner wandten sich ebenfalls gegen die Resolution, teils aus ähnlichen Gründen wie Spranger, teils aus Furcht, eine Kritik am NSDStB könnte auf die Studenten provozierend wirken. Schließlich wurde anstelle der ursprünglich vorgesehenen Erklärung einstimmig eine Botschaft an die Studierenden verabschiedet, die nur noch eine stark abgeschwächte Kritik an der Politik des NSDStB enthielt. Zwar kritisierte die Entschließung weiterhin «parteipolitische Zersetzung, unverantwortliches Reden und Bruderzwist bis zur Gewalttätigkeit». Im Zentrum aber stand nunmehr der Appell an gemeinsame Wertvorstellungen: